

Behinderung und Dritte Welt

Journal for Disability and International Development



Zeitschrift des Forums Behinderung und Internationale Entwicklung

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL3

SCHWERPUNKTTHEMA

Wege zur Einkommensförderung für Menschen mit Behinderung in Entwicklungsländern

Disabled People and Economic Empowerment
Peter Coleridge4

Integrating Persons with Disabilities in Ghana – Early Experiences from the Decent Work Pilot Programme
Sophie Grooten.....11

Professional Inclusion in Uzbekistan
Stefan Lorenzkowski17

Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung – eine Kooperation zwischen Kapstadt und Berlin
Ein Interview mit Donald Vogel.....23

Wandel durch Handel?! Einkommensförderung für Menschen mit Behinderung am Beispiel des Fairen Handels
Dominic Dinh.....29

Fair Trade and Disability
Interview with Alfred Elbertse (FLO International)37

NEWS.....40

LITERATUR UND MEDIEN.....43

VERANSTALTUNGEN46

IMPRESSUM

Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt
Journal for Disability and International Development

Anschrift

Wintgenstr. 63, 45239 Essen
Tel.: +49 (0)201/408 77 45
Fax: +49 (0)201/408 77 48
E-Mail: gabi.weigt@t-online.de
Internet: www.zbdw.de

Für blinde und sehbehinderte Menschen ist die Zeitschrift als Diskette im Word-Format erhältlich.

Redaktionsgruppe

Susanne Arbeiter, Sonderschullehrerin, Berlin:
susanne.arbeiter@web.de

Andrea Eberl, Politologin, Wien/Österreich:
andreaeberl@rocketmail.com

Doris Gräber, Diplom Rehabilitationspädagogin, Berlin:
doris.graerber@arcor.de

Prof. Dr. Adrian Kniel, University of Education, Winneba/
Ghana: akniel@uew.edu.gh

Harald Kolmar, Bundesvereinigung Lebenshilfe, Marburg:
harald.kolmar@lebenshilfe.de

Stefan Lorenzkowski, Handicap International:
stefan.lorenzkowski@web.de

Mirella Schwinge, Universität Wien, Wien/Österreich:
mirella.schwinge@univie.ac.at

Gabriele Weigt, Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit, Essen: gabi.weigt@t-online.de

Schriftleitung

Gabriele Weigt

Redaktionsassistentz

Dominic Dinh

Gestaltung

A. Schmidt

Druck und Versand

Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V., Marburg

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft Konto-Nr.: 80 40 702
BLZ/BIC: 370 205 00 / BFSWDE33
IBAN: DE19 3702 0500 0008 0407 02

Die Zeitschrift *Behinderung und Dritte Welt* ist eine Publikation des *Forums Behinderung und Internationale Entwicklung*.

Hinweis: Für den Inhalt der Artikel sind die AutorInnen verantwortlich. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Die Veröffentlichung von Beiträgen aus der Zeitschrift in anderen Publikationen ist möglich, wenn dies unter vollständiger Quellenangabe geschieht und ein Belegexemplar übersandt wird.

Die Zeitschrift *Behinderung und Dritte Welt* wird unterstützt durch:

- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.
- Kindernothilfe e.V.
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
- Misereor

ISSN 1430-5895

Liebe Leserinnen und Leser!

Owohl im Rahmen staatlicher und privater Entwicklungszusammenarbeit seit beinahe einem halben Jahrhundert versucht wird, eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für Menschen in den Entwicklungsländern zu erreichen, sind wir von diesem Ziel weit entfernt. Dies trifft besonders für behinderte Menschen zu, die in diesen Ländern in der Regel zu den Ärmsten der Armen gehören. Empowerment, d.h. die Befähigung, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen, ist das Schlagwort, das einen Ansatz kennzeichnet, bei dem die Betroffenen unterstützt werden, ihr tägliches Brot zu verdienen und unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben.

Vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung werden in diesem Heft *Wege zur Einkommensförderung für Menschen mit Behinderungen* aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet.

In einem Übersichtsartikel macht Peter Coleridge deutlich, dass eine Analyse der jeweiligen sozialen, ökonomischen und legislativen Rahmenbedingungen in armen Ländern die Voraussetzung ist, Maßnahmen zu konzipieren, die Empowerment ermöglichen. In seinen Schlussfolgerungen wird hervorgehoben, dass es weniger um die Vermittlung technischer Kenntnisse als vielmehr um die Förderung lebenspraktischer Fertigkeiten und Einstellungen geht, um die wirtschaftliche Existenz im informellen Sektor zu sichern.

Sophie Grooten beschreibt ein Beispiel für die Einbeziehung der Belange behinderter Menschen in ein staatliches Programm zur Verbesserung der ökonomischen Situation der Bevölkerung, dem *Ghana Decent Work Pilot Programme*, das gemeinsam von der Regierung, dem Arbeitgeberverband, den Gewerkschaften und der *International Labor Organisation* (ILO) getragen wird. An drei Fallbeispielen werden die Auswirkungen des Ansatzes, insbesondere von Mikrokreditvergaben exemplarisch dargestellt.

Am Beispiel eines jetzt unabhängigen Staates der ehemaligen Sowjetunion, Usbekistan, werden von Stefan Lorenzkowski die Schwierigkeiten der Systemumstellung, insbesondere der Maßnahmen zur Unterstützung behinderter Menschen vorgestellt. Das dargestellte Projekt begegnet solchen Umstrukturierungen durch ein Verbundsystem, das eine Kooperation aller Beteiligten in der Unterstützung behinderter Menschen auf dem Gebiet der Gesetzgebung, der Ausbildung, der Information sowie der Beschäftigung erreichen soll. Am Beispiel von zwei Mini-Job Zentren wird dieser Ansatz erläutert.

In der entwicklungspolitischen Diskussion wird das Augenmerk häufig nur auf die Situation in den be-

nachteiligten Ländern gelenkt, ohne dabei mögliche Ansätze in den industrialisierten Ländern zu beleuchten.

Dominic Dinh verdeutlicht anhand des Kooperationsprojekts *Fairer Handel und Behinderung*, in welcher Weise Existenzsicherung und Einkommensgenerierung, aber auch zahlreiche soziale Vorteile für die Betroffenen im Rahmen des Fairen Handels erreicht werden können. Neben verschiedenen Aktionsformen zur Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung dieses Konzepts werden durch Fairen Handel ermöglichte Produktionsstätten für behinderte Menschen in südlichen Ländern vorgestellt.

In einem Interview mit Donald Vogel, dem Initiator eines Kooperationsprojekts zwischen Kapstadt (Südafrika) und Berlin, werden die Möglichkeiten bilateraler Hilfen und des Informationsaustauschs zwischen der *Cape Mental Health Society* in Kapstadt (Südafrika) und Trägern der Behindertenhilfe Berlin dargestellt. Im Vordergrund dieses Ansatzes steht der Brückenschlag zwischen Werkstatt, Industrie und Dienstleistungsunternehmen, wobei Integrationsfirmen in Deutschland als Modell dienen können.

Über die Themenschwerpunkte der kommenden Ausgaben sowie über die veränderte Trägerschaft der Zeitschrift, die Zusammensetzung der Redaktionsgruppe und des Fachbeirats informieren die Umschlagseiten dieses Heftes.

Diese Zeitschrift wird von dem kostenlosen Einsatz vieler getragen: weder erhalten die Autoren und Autorinnen ein Honorar noch werden die Mitglieder der Redaktionsgruppe für ihre konzeptionelle Arbeit und den umfangreichen Schriftwechsel in der Zusammenstellung der Themenhefte entlohnt. Die Kosten für Druck und Versand werden durch die finanziellen Zuschüsse verschiedener Organisationen getragen. Denken Sie bitte daran, das zukünftige Erscheinen der Zeitschrift mit einer Spende ab 11 Euro pro Jahr finanziell zu unterstützen. Bitte nutzen Sie dazu den beigefügten Überweisungsträger.

Sie helfen uns außerdem unnötige Versandkosten zu sparen, indem Sie uns rechtzeitig Änderungen Ihrer Bezugsadresse melden

Vielen Dank im Voraus für Ihre Unterstützung und gute Lektüre wünscht

Ihre Redaktionsgruppe

Disabled People and Economic Empowerment

Peter Coleridge

The article describes the relationship between disability and poverty, and considers the different types of economy in developing countries (formal and informal, rural and urban). It examines what is meant by empowerment and then discusses skills and attitudes. It emphasises that attitudes and life skills are more important than technical skills, especially in the informal economy; a concentration on technical skills training alone is not likely to lead to economic empowerment.

Introduction

This article is based on research carried out for the ILO (*International Labour Organisation*) in 2004-5 on the economic empowerment of disabled people in developing countries. The research was conducted in four African countries (Malawi, Uganda, Zimbabwe and South Africa), two countries in the Middle East (Lebanon and Jordan), and three in Asia (India, Cambodia and the Philippines). These countries represent a wide diversity of economic, cultural and development contexts.

The arguments presented here are the result principally of field work, not of desk research. The research focused on community based programmes, not institutional programmes.

The article describes the relationship between disability and poverty, and considers the different types of economy in developing countries (*formal* and *informal*, *rural* and *urban*). It examines what is meant by *empowerment* and then discusses skills and attitudes. It emphasises that attitudes and life skills are *more* important than technical skills, especially in the informal economy; a concentration on technical skills training *alone* is not likely to lead to economic empowerment.

Disability, poverty and development

People are poor largely because of external factors outside their control. Conflict, low economic growth, unfair trading agreements, a narrow industrial base, high inflation, low levels of tax collection, low government budgets, poor standards of health care, meagre education, inadequate infrastructure, and rampant corruption, all combine to drive a vicious circle of poverty from which it is extremely difficult for poor individuals to escape.

It is impossible to separate the poverty of disabled people from the general picture of poverty in developing countries. Disabled people tend to be grouped in the poorest sections of society, and policies and actions which increase poverty affect them disproportionately. They face the same difficulties in breaking out of poverty as others, but have the added disadvan-

tages of low access to education, training, employment, and credit schemes¹.

Programmes working with disabled people, especially CBR programmes, need to be aware of the factors which create the economic environment in which they are situated, and add their voice to the grassroots pressure for economic reform, including of international trade. Disabled people and the organisations which work with them need to participate in the process of developing and implementing national poverty reduction strategies, including Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs)², which now form the basis for many developing countries to meet the *Millennium Development Goals*³.

The economic empowerment of disabled people must be viewed within this political and development context, and not treated as discrete activities benefiting a few individuals. Skills development of individuals can only be a palliative measure if the root causes of poverty are not addressed⁴. There is no point in training people (whether disabled or non-disabled) in high levels of skill if there is no demand for these skills in the local economy. Conversely, training people only in low-level skills will ensure that the economy does not develop and the cycle of poverty is perpetuated. A balance must be struck between what is realistic and the need to raise standards above bare survival.

The type of skill required for integration in the economic activities of a community depends on the nature of the local economy. It is therefore important to identify different economic and development contexts and outline the kinds of opportunity they present for both work and skills development. In order to bring this point into clearer focus we need to consider two important aspects of the economy of developing countries: the difference between the formal and the informal economies, and the difference between rural and urban situations.

The formal and the informal economies

There is a wide difference in the economic and development context both between countries and within countries. Despite internal disparities in wealth, the

economy of South Africa is a great deal more vibrant, and therefore offers many more work opportunities, than, for example, Malawi. Lebanon differs from both in being characterised by a large educated middle class and a formal economy based on banking, media services and tourism.

The figures in the following table illustrate these differences for Malawi, South Africa and Lebanon.⁵

Country	GNI* per capita	Life expectancy	Infant mortality
Malawi	\$160	37	113/1000
South Africa	\$2,780	46.5	52/1000
Lebanon	\$4,040	71	28/1000

* Gross National Income/year

The *Gross National Income* per capita, life expectancy and infant mortality are all basic indicators of the degree of wealth or poverty and state of development of a country.

The most crucial difference in economic opportunity between poor, less poor and wealthy countries is the size of the informal versus the formal economy. In three of the four African countries included in the ILO study (Malawi, Zimbabwe, and Uganda) more than 80% of the work force earn their living in the *informal* economy, whereas Lebanon has a *formal* economy employing about 50% of those in work⁶. In India, more than 90% of the workforce is engaged in the informal economy.

The informal economy

Because the informal economy covers such a wide range of activities, agreement on its definition remains elusive⁷. But its main characteristics are that people who work in it generally do not pay direct taxes, have no state pensions, sickness benefits, or paid holidays, and have no written contracts. Its activities are outside the scope of employment law and are not subject to inspection. The right to freedom of association (i.e. to join trade unions) may be denied in law or in practice.

The informal economy ranges from self-employed individuals engaged in part-time or seasonal activities to supplement their income, to well-equipped workshops employing several dozen people manufacturing goods for export.

In the informal economy health and safety standards may be very low, and wages below the legal minimum. In particular, quotas set for the employment of disabled people under constitutional law are not applicable in informal enterprises. Since the majority of the work force in developing countries are employed

in the informal economy, and since it is this sector which is likely to provide most opportunities for disabled people, laws supporting the employment of disabled people may actually affect a very small proportion of the total. In India disability law sets quotas for the government sector, but not for the corporate sector; since only about 3% of the total workforce are in the government sector, these quotas are meaningless for all but a tiny minority of disabled people. The vast majority of disabled people in developing countries must therefore develop their livelihoods without any special provision, reasonable accommodation, or supportive legislation.

The informal economy is regarded with ambivalence by governments: on the one hand it does not contribute to the national exchequer by paying direct taxes, and includes illegal or shadowy activities such as prostitution, drug dealing and local alcohol production. On the other hand it provides jobs for many millions of people, and contributes a substantial percentage of the GDP (in the case of Uganda more than 20%, Kenya 30%).

The formal economy

The formal economy, on the other hand, embraces a very different set of parameters. Here we are talking about jobs governed by legislation, salaries which meet the minimum wage levels stipulated by law, quotas for disabled people in some countries, the concept of reasonable accommodation (where some adjustment to the work environment is made), written contracts, and benefits such as pensions and paid holidays. Membership of trade unions is also usually an option. Employers associations may exist which can be lobbied for the employment of disabled people.

The two main categories of employer in the formal economy are the government and the corporate sector. In most developing countries government jobs are poorly paid, but they are sought after because they offer security and benefits. Many government employees are likely to have to supplement their incomes through work in the informal economy. In the absence of a substantial corporate sector (especially in African countries) the government is likely to be the largest employer in the formal economy, but under pressure from international financial institutions jobs in this sector may be the main target of economic restructuring policies.

The corporate sector in countries like Lebanon and Jordan includes the hotel industry, the financial sector, and the media. In India it includes the largest film industry in the world (*Bollywood*), a space programme,

and a huge and growing IT industry offering services to western countries such as call centres. But despite its size, one must remember that India is a country of more than one billion people, and for all its energy and dynamism the huge corporate sector still employs only about 3% of the workforce.

The types of work available in the formal economy are mainly *white collar jobs* requiring secondary levels of education or above. Some jobs requiring technical skills such as sewing or lathe operation exist, but these tend to be in enterprises on the borderline between the formal and informal economies.

Labour market conditions in the formal economy have deteriorated sharply under the impact of globalisation and keen competition. Manufacturing businesses in developing countries are downsizing their workforces, and contracting out to home production units in the informal economy where they have no responsibility for recruitment or the welfare of workers. Vulnerable groups – disabled people, young people, women, older workers – are the primary victims.

On the other hand, despite these very negative trends, globalisation does present positive opportunities hinging on the principle of corporate responsibility, a growing factor with consumer pressure organisations in western countries. This has impacted especially on, for example, child labour, and has forced firms like *Nike* to look at the conditions in which their outworkers produce footballs in Pakistan; similarly companies like *Brookbond* are careful not to use children on their tea and coffee farms in East Africa. It could also operate in favour of disabled people, if consumers put pressure on multi-nationals to adopt fully equal opportunities policies. Some firms like *Marks and Spencer* have already shown an openness to such pressure and have committed themselves to employing disabled women as garment makers in Sri Lanka. *HSBC*, one of the largest and fastest growing banks in the world, has demonstrated that having a positive employment policy for disabled people promotes good business practice⁸.

Urban and rural contexts

Rural and urban contexts offer very different opportunities for work and employment. Most jobs in the formal economy are in urban areas, and most work in rural areas is linked to agriculture, which in developing countries is usually regarded as part of the informal economy. The opportunities for employment either in the formal or informal economies are very much greater in urban areas than in rural, a factor which leads to rural-urban drift and the growth of

shanty-towns. This especially applies to disabled people, who may migrate to the town to seek services as well as greater work opportunities.

The majority of people who are materially poor live in rural areas. In Uganda 87% of the population live in rural areas, in India 72%. But rural areas are diverse, and generalisation is dangerous. One of the former homelands in South Africa, where people live in very low-grade housing settlements with little or no access to agricultural land, will present different opportunities from Uganda, where rural families tend to have fertile land which they can farm.

In rural areas where the economy is based on small-scale farming, there are practically no jobs or employment opportunities as there are in the urban environment. *Livelihoods* is a more useful concept than *jobs* or *employment*. People often have survival strategies involving a variety of sources of income. Those who have land may grow a diversity of crops for both cash and home consumption. Those who do not have land may work as casual labourers, and/or engage in some form of production or service like weaving or running a petty shop.

The proximity of the village to the nearest large town will also determine opportunities for work. In many Indian villages in the hinterland of a city such as Calcutta cottage industries feeding an urban demand for handmade goods provide supplementary cash for women in particular. But globalisation and cheap imports, especially of garments from industrialised countries like China, make such cottage industries increasingly hard to sustain.

The aim in rural areas must be to identify skills and income generating activities which will sustain and enhance the quality of life in a subsistence environment. Such activities are more to do with poverty management than wealth creation. The need is to find opportunities for disabled people to make a contribution to family and village-level livelihoods rather than think in terms of a clearly identified and self-sufficient job. Agricultural activities such as animal rearing are likely to figure high on the list of possibilities.

What do we mean by empowerment?

Disabled people frequently experience a negative spiral of factors which drive them into low expectations, low self-esteem, and low achievement. Disabled people in developing countries are usually poor and have few assets, so they are unable to invest in enterprises, and consequently make little demand for financial services which they fear may drive them into debt; this in turn means that there is an undeveloped

market for financial services to disabled people, and disabled people are effectively invisible in the market place. This again feeds into the low expectations of families that their disabled children cannot be economically productive, so they do not invest in their education, which along with internalised negative attitudes by disabled people themselves and a culture of charity, perpetuates the negative spiral⁹.

Breaking this vicious circle starts with a change in attitudes by the disabled person themselves.¹⁰ It was often noticed in the ILO research that disabled people most successful in business were those that were outgoing, positive, and concerned about the wellbeing of others as well as themselves. This was often seen in the way they made friends with their customers, their involvement in the community through membership of groups or committees, and at times their support of disabled children outside their immediate family.

In other words, being a self-confident and outgoing individual also makes for a successful entrepreneur. Conversely, those who are depressed and full of complaints tend to be unsuccessful.

This is hardly surprising. It also raises the question of whether *empowerment* in this sense can be part of a strategy of skills development and access to work. The position taken in this article is a resounding *yes*.

What is the purpose of work? To earn income, or to be more fulfilled as a human being? When we speak of *economic empowerment*, what do we mean? What are the factors that enable a person to succeed in business and be empowered by the process? What are the factors that enable the person to be an outgoing, positive contributor to community life? Clearly there is much more to be identified by such an enquiry than the acquisition of technical skills alone. We need to identify the factors which empower disabled people, and which enable them to live more productive lives, with greater self-esteem and respect from their community.

The fact that a disabled person is in work is in itself an achievement. However, an important question is "What kind of work?". Disabled people have as much need to have fulfilling jobs and creative careers as anybody else. Because they tend to come from poor sections of society, the aspirations of disabled people in poor countries tend to be conditioned by rather low expectations. But they can aspire to much more than appears to be on immediate offer. Examples of good practice must include cases where disabled people have been able to break out of the *cul-de-sac* of low expectations, low aspirations, and low achievement.

For example, Joshua Malinga and Alex Phiri, disabled men from Zimbabwe, are both prominent fig-

ures nationally and internationally within the disability movement and in NGO and political circles. But they both came from humble rural origins, and spent much of their youth in an institution which offered them a future as shoemakers. They rejected this and aimed considerably higher. Joshua became Mayor of Bulawayo and Alex is the Director of SAFOD (*Southern Africa Federation of Disabled People*). Similarly Venus Illagen, a wheelchair user from the Philippines, has become the chairperson of DPI by aiming high, and Sylvana Lakis is the founder and director of a very successful DPO in Lebanon (*Lebanese Sitting Handicapped Union*).

It is here that role models become extremely important, and are one of the keys to programme development in this regard. A principle reason why disabled people have low expectations, low ambitions and often prefer to live on handouts, is because they have not had opportunities to develop a vision of what could be.

What do we mean by *skills*?

Like non-disabled people, disabled people need skills in order to engage in economic activities. But unlike non-disabled people they start with a number of disadvantages which need to be addressed in training programmes. These disadvantages are primarily to do with issues of confidence. Many disabled people suffer discrimination within their families and communities, who assume that they cannot compete in economic activities with non-disabled people. If this assumption is accepted and internalised by the disabled person, it becomes a self-fulfilling prophecy.

Skills training for disabled people is therefore primarily about challenging this assumption. It is about building confidence and changing perceptions both in the disabled person and in those around him or her. Learning a technical skill such as carpentry, bicycle repairing, weaving or animal rearing will demonstrate that indeed disabled people are as capable as non-disabled people of plying such trades, and the acquisition of these sorts of *hardware* skill is in itself a powerful way of boosting confidence. But there are other attributes a disabled person needs to succeed in work which fall into the category of *software*. These include attitudes, knowledge, and life skills.

Successful training strategies for disabled people have a holistic, developmental approach which recognises the importance of personal empowerment through confidence building. Confidence comes through developing positive attitudes, acquiring relevant knowledge, and learning the skills to deal suc-

cessfully with life and work. If a training programme focuses only on the *hardware* of technical skills and neglects the development of *software* - attitudes, knowledge and life skills - it is unlikely to succeed in enabling its graduates to find sustainable work and employment.

In countries where employment opportunities lie in the formal economy, employability is the most important factor underlying skills development. In countries where most of the workforce is engaged in the informal economy, entrepreneurship is the most important factor.

Four simple categories of skills emerge from the ILO fieldwork:

- Foundation skills
- Technical skills
- Entrepreneurial skills
- Life skills.

Foundation skills are those acquired through a basic primary education and include literacy, numeracy, ability to learn, reasoning, and problem solving. These are skills needed for work everywhere, in all contexts and cultures, in both the formal and informal economies.

Technical skills are those which equip someone to undertake a particular task. Examples are carpentry, tailoring, weaving, metal work, lathe operation, basket making, tinsmithing, shoe making etc. More advanced technical skills such as engineering, physiotherapy, and computer technology are normally referred to as professional skills.

Entrepreneurial skills are those required to succeed in a small business. They include book keeping, risk assessment, market analysis, planning, goal setting, problem solving, how to obtain information, etc. These skills usually require a basis of numeracy and literacy, but may be undertaken by people with no education at all if the training is appropriate. They may or may not be coupled with *technical* skills. For example, managing a small shop requires *entrepreneurial* skills but not *technical* skills. Running a business as a tailor requires both *technical* and *entrepreneurial* skills.

Life skills include personality development, leadership skills, community development skills, how to relate positively to customers, how to communicate effectively, how to present oneself, body language, making friends, forming close relationships, parenting etc. These types of skill are required by everybody, whether disabled or not, to succeed both in life and in work. As we have seen, they assume a particular importance for disabled people because they are to do

with confidence, relating to other people, and changing perceptions in oneself and in others.

Vocational and occupational skills are words used generically to embrace all skills leading to gainful work, and include aspects of all four of the above.

Attitudes

Skills on their own are not enough. It is also necessary to develop attitudes which form the basis of a life in which the disabled person is not just surviving but developing as a fully integrated member of his or her community.

The necessary attitudes include self-confidence, determination, having aspirations, social responsibility, willingness to take risks, optimism, friendliness, persistence in the face of set-backs, creativity, openness to other views, critical thinking, and high personal standards.

All of these attitudes are important and most do not need further comment, but two may be picked out for special emphasis: *having aspirations* and *social responsibility*.

For everybody aspirations are what drive us. Aspiring to be more than we are is what gives us a direction and a pathway in life. What can disabled people aspire to be? They may have had their self-confidence knocked back by the attitudes of those around them, and also meet with low expectations especially from parents who conclude that because their child is disabled he or she will not be able to achieve very much. Low expectations resulting in low achievement resulting in further low expectations are the vicious circle that needs to be broken.

Enabling disabled people to develop aspirations must be an essential aim in the education and training process. Two main strategies can be suggested to achieve this: the use of *role models*, and *setting high standards*.

Disabled people who are succeeding in life and work can become role models, showing disabled trainees what they can aspire to. Role models can be an inspiration at all levels of economic activity, from high fliers in the corporate sector to farmers pursuing improved livestock production with a few animals in remote rural areas.

The reality for many disabled children is that parental protection is more of a problem than neglect. Disabled children need to be challenged to reach high standards. Disabled adults need to be clear what levels of competence are expected of them, as determined by standards set in the trade or profession in which they are being trained. Both in the *formal* and *informal*

economies disabled people must compete on the same terms and to the same standards as non-disabled people.

Disabled people have *rights*, but with rights come *responsibilities*. It is very noticeable that disabled people who are most successful in life and work are those who do not sit at home demanding their rights, but who go out with a sense of wanting to help others as well as themselves. The need to be socially useful is a fundamental human attribute, and disabled people achieve maximum integration when they are active in their own communities and *play a social role*. The stigma of being a *victim* can be broken by being an active contributor to one's family and community.

For example, Sukuta Ali is a blind fisherman on Lake Malawi. Now aged 54, he became blind suddenly at the age of 34. He is married with 7 children aged 1 to 18. All of school going age are at school. He himself did not attend any school because his parents did not attach any value to it. He regrets this and is anxious that his children should all go right through secondary school and if possible get proper jobs.

His father was a fisherman whom he helped from the age of 14. He got his own dugout only recently, at age 53. It took him eight years after going blind to start fishing again. During that time he farmed his 4 acres on which he grows maize, rice, and sugar cane. He, his wife and children all work the land. But he sees fishing, in which he can make K2000 – K4000 (\$20 - \$40) a night, as a better source of income. So he divides his time between fishing and farming.

Sukuta Ali is treasurer of the local branch of the *Malawi Blind Union*. He also supports a blind child not in his family to go to school. He is active in the local CBR programme as a role model, who can inspire other disabled people, especially blind people, to get on and do it on their own.

Sukuta Ali says: "The secret to happiness is to make other people happy! I work hard for my family and for people outside my family. I can earn enough to support us all through my fishing and my farming. My wife is very important. We work together and I could not manage without her. I do not have any complaints. What are my ambitions? To have a larger plot of land, a bigger boat, and a tin roof for my house."

Sukuta Ali is an impressive man. He is self-effacing but is clearly effective in his life. He sees clearly what needs to be done both for his family and for his community. The key to his success and happiness is the way he helps others. He is part of an organic, loving family, which works as a team.

Notes

1. ILO: Disability and Poverty Reduction Strategies. November 2002
2. PRSPs are a strategy devised by the World Bank which are essentially participatory in concept. They require the involvement of all actors in the development process, and replace the top-down, externally driven approach to poverty reduction adopted by the World Bank and IMF in the 1980's.
3. The eight Millennium Development Goals include: 1. Eradicate extreme poverty and hunger, 2. Achieve universal primary education, 3. Promote gender equality and empower women, 4. Reduce child mortality, 5. Improve maternal health, 6. Combat hiv/aids, malaria and other diseases, 7. Ensure environmental sustainability, 8. Develop a global partnership for development.
4. COLERIDGE, P.: Disability, Liberation and Development. Oxfam, 1993
5. World Bank figures
6. LAKKIS, S./THOMAS, E.: Disability and Livelihoods in Lebanon. LPHU and Oxfam. Paper presented at "Staying Poor: Chronic Poverty and Development Policy". University of Manchester, April 2003
7. HAAN, H. C.: Training for work in the informal sector: new evidence from Kenya, Tanzania and Uganda. ILO. Part of the Informal Economy Series. No date
8. Information given by HSBC representative at Leonard Cheshire International conference on Education and Economic Empowerment, Bangkok, September 2005
9. ALBU, M.: Improving Business Development Services with Disabled People in Northern Uganda. Evaluation of an action-research project by NUDIPU and APT Enterprise Development. July 2004
10. COLERIDGE, P.: Disability, Liberation and Development. Oxfam, 1993

Zusammenfassung: Der Artikel beschreibt die Beziehung zwischen Armut und Behinderung und erläutert die unterschiedlichen Wirtschaftssektoren in Entwicklungsländern (formell und informell, städtisch und ländlich). Es wird in diesem Zusammenhang erörtert, was unter dem Begriff Empowerment zu verstehen ist und welche Rolle dabei Kompetenzen und Einstellungen spielen. Es wird betont, dass die persönlichen Einstellungen und lebenspraktischen Fertigkeiten wichtiger sind als die technischen Kompetenzen, insbesondere in der informellen Wirtschaft. Eine Konzentration einzig auf den Erwerb technischer Qualifikationen führt dabei nicht zum wirtschaftlichen Empowerment.

Résumé: Cet article décrit le lien entre handicap et pauvreté et prend en compte les différents types d'économie dans les pays en développement (formelle et informelle, rurale et urbaine). Il examine ce qui est entendu par « empowerment » et discute des compétences et attitudes. Il met en lumière que les attitudes et les compétences sociales sont plus importantes que les compétences professionnelles. En particulier dans l'économie informelle la concentration sur les seules compétences professionnelles a peu de chances de mener à un renforcement économique.

Resumen: El artículo describe la relación entre discapacidad y pobreza tomando en cuenta los diferentes tipos de economía en países en vías de desarrollo (formal e informal, rural y urbana), y menciona que especialmente en la economía informal se necesita actitudes y habilidades de vida que son más importantes que las habilidades técnicas. La concentración solamente a éstas no apoya al 'empowerment' económico.

Autor: Peter Coleridge hat sich auf die Inklusion von Menschen mit Behinderung in Entwicklungsprogramme im Nahen Osten, Asien und Afrika spezialisiert und hat für Nichtregierungsorganisationen, die Vereinten Nationen (UN) und als freiberuflicher Berater gearbeitet. Er ist der Autor von *Disability, Liberation and Development* (Oxfam 1993) sowie anderen Büchern und Artikeln, in denen er für die Inklusion von Menschen mit Behinderung in allgemeine Entwicklungsprozesse plädiert. Der vorliegende Artikel basiert auf einer Feldforschung in den Jahren 2004 bis 2005. Ziel war es, ein Buch für die *Internationale Arbeitsorganisation* (IAO) über gemeindebasierte Ansätze zur Entwicklung von Qualifikationen und Kompetenzen zu schreiben.

Anschrift: petercolor@yahoo.co.uk

Integrating Persons with Disabilities in Ghana

– Early Experiences from the Decent Work Pilot Programme

Sophie Grooten

Provided certain conditions, a substantive number of persons with disability want and can do productive work, rather than be treated as charity cases or living on formal redistribution mechanisms. Although scarce, some strategies for employable skills training and business development for PWDs are implemented in Ghana. In this perspective, the *Ghana Decent Work Pilot Programme*, which is a joint initiative of the Government, the organizations of employers and workers in Ghana and the ILO aims at reducing poverty of PWDs by *unlocking their economic potential*. This article documents the innovative work in progress of the GDWPP with the integration of PWDs in national development policies as well as local economic and social development.

Policies and institutions for persons with disabilities in Ghana

Ghana is a low income country with a population of about 21 million and an average per capita income of US\$ 369/year (2003). More than four in every ten Ghanaians live with incomes of under US\$1 per day (approx. 0.90 Euros). In Ghana, as in many other countries, persons with disabilities (PWDs) are often among the poorest of the poor. Even so, the development strategies to overcome poverty do not treat them as potential contributors to poverty reduction and wealth creation, but rather as welfare cases. This has also been the case in the national policy framework for poverty reduction in Ghana, the first Ghana Poverty Reduction Strategy (GPRS I from 2002-2005). Exclusion from this and other development plans and programmes at the national and local levels has entrenched the poverty and vulnerability of PWDs.

Among the national institutions, dealing with PWDs is the *Department of Social Welfare* (DSW), under the auspices of the *Ministry of Manpower, Youth and Employment* (MMYE). The provision of services by the DSW to all vulnerable groups including persons with disabilities is guided by the national *Community-Based Rehabilitation* (CBR) strategy¹ adopted in 1992.

To advocate for their rights and full participation in society, persons with disabilities have mobilized and formed their own self-help *Organizations for Persons With Disabilities* (OPWDs) at national and district level. The *Ghana Federation of Disabled* (GFD) is a national umbrella organization, which represents the interest of its members, namely the *Ghana Association of the Blind* (GAB), the *Ghana National Association of the Deaf* (GNAD) and the *Ghana Society of the Physically Disabled* (GSPD).

Although scarce, some strategies and opportunities for employable skills training and business development for PWDs are being implemented in Ghana. This

article seeks to document innovative work in progress, namely the experience of the *Ghana Decent Work Pilot Programme* with the integration of PWDs in national development policies and local economic and social development.

The Ghana Decent Work Pilot Programme and PWDs

The GDWPP is a joint initiative of the Government, the organizations of employers and workers in Ghana and the ILO. Starting in 2003 it has aimed at contributing to the achievement of the national priority goal of poverty reduction through the promotion of decent work in the informal economy. The concept of *Decent Work* implies the opportunities for women and men to obtain decent and productive work in conditions of freedom, equity, security and human dignity.

The pilot programme applies a flexible strategy with two inter-related components. At the national level, the programme seeks to enhance the effectiveness of the GPRS in creating decent work opportunities for the poor and disadvantaged through the formulation of policies. At the local level, the aim is to develop and test policy instruments to implement national policies and strategies and to build the capacity of key stakeholders in the local economy to design and implement a *Local Economic and Social Development* approach.

To this end, the programme selected two districts in the *Central Region*, namely *Ajumako-Enyam-Essiam* (AEE) and *Awutu-Efutu-Senya* (AES). In these two pilot districts, the approach is participative, demand-driven and integrated development. This is put into practice through the creation of a public-private forum for dialogue and development planning in the form of *Sub-Committees for Productive and Gainful Employment* (SPGEs) under the *District Assembly*. The *Sub-Committees* are made up of *District Assembly* technical staff, *Assembly* members and representatives of the

Small Business Associations (SBAs).

The GDWPP has supported the *Sub-Committees* in the development and coordination of action plans to strengthen the informal economy operators and enhance their employability as part of the overall district's development plans and GPRS. This requires building the capacity in terms of planning, management and enterprise promotion as well as increasing awareness on certain issues such as gender equality and the inclusion of persons with disabilities. Towards the end of 2004, the GDWPP incorporated a disability component in its activities implemented jointly by the *Department of Social Welfare* and the *Ghana Federation of Disabled*.

Integrating PWDs in productive and gainful employment

The component was based on the contention that provided certain conditions, the majority of persons with disability *want and can do productive work*, rather than be treated as charity cases or living on formal redistribution mechanisms. It is this perspective that the project aims at reducing poverty of PWDs by *unlocking their economic potential*.

Like the overall GDWPP, the disability component adopted a two-pronged approach: the formulation and promotion of an inclusive national disability strategy seeking to influence the GPRS II while simultaneously developing and testing tools for the integration of PWDs at the local level.

Following the elaboration of a strategy in late 2003, a proposal for *disability policy* was submitted by the GFD, DSW and GDWPP in December 2005 for the review of the GPRS and the design of the *Growth and Poverty Reduction Strategy (GPRS II)*. It suggested that the Government's disability policy be multi-sectoral as the socio-economic integration of disabled persons is not the affair of the *Department of Social Welfare* alone but of all sector ministries. The advocacy has been effective and this principle is largely reflected in the new GPRS II (2005).

The subsequent sections will concentrate on the practical steps for the social and economic inclusion of PWD under the second component of the pilot programme, i.e. the interventions conducted in the two pilot districts.

Testing the approach at the local level: PWDs and Decent Work

The main goal of the disability component of the GDWPP at the district level has been to *develop and*

test a method to fully integrate persons with disabilities in decent income generating activities in the two pilot districts. Among others, this central goal includes identifying barriers for effective participation, jointly designing approaches to overcome such barriers, through the use of *Braille* script for the blind, sign-language interpretation, technical aids, and workplace adaptation as well as identifying the needs for technical equipment, specialized personnel and training. It also means introducing these approaches in the pilot districts, with participation of the DSW and OPWDs, regular evaluation and revisions based on the pilot experiences as well as providing training to DSW staff to enable them to introduce integrative measures country-wide.

Persons with disability in the two districts

A study conducted by the *Central Region Development Cooperation (CEDECOM)* in 2000 indicated that AEE district has a population (deaf, physically disabled and blind) of 4144 persons with disability representing a prevalence rate of 4,5% of the total district population, while AES district has a population of 5018 PWD equivalent to a prevalence rate of 6,1%.

Although some persons with disabilities in the two districts are operating their own micro-enterprises, many lack the necessary skills and confidence to venture into business. In addition to skills and confidence, PWDs face common employment problems such as stiff competition with the non-disabled, negative attitudes of employers and the wider community and the lack of placement centres and officers. Moreover, systematic and repetitive frustrations in the field of employment are likely to push people with disabilities unto the streets begging, says Mr. *Yam Ofori-Debra*, current president of the GFD and GFB. It is to address issues of awareness, skills, voice and representations as well as decent employment for people with disabilities that the activities described in the next section were undertaken in the pilot districts.

Community awareness-raising and sensitization on the integration of PWDs

One of the central planks of the project is to increase awareness at the local level - both of PWDs and others - on the need and opportunities for the integration of persons with disabilities in the local economic and social development initiatives.

To this end, a two-day *sensitization workshop targeting PWDs* was organized by the GFD in the two districts. The objective of the workshop was to sensitize and stimulate PWDs to understand and actively participate in the GDWPP initiative and in income

generating activities in general. During the workshop, PWDs were strongly encouraged to engage in advocacy in order to ensure mainstreaming of their needs in the service provision activities of the two district assemblies.

Subsequently, the SPGE and district *Assembly* members were targeted by means of a two-day *community awareness-raising and sensitization seminar*. The seminar organized by the GFD in collaboration with the DSW and the GDWPP, attracted 75 participants. During the seminar, different topics related to disability such as the challenges involved, the impact on the family and community as well as the employment needs of PWDs were presented and discussed. In addition, *Grace Preko*, who is a remarkably strong lady, blind herself and currently coordinator of the GFD, considered the specific needs of women with disabilities. She denounced the double discrimination facing women with disabilities, on account of their gender and disability, which makes them very vulnerable.

Capacity building at the local level

For the sustainability and ownership of the initiative in the long-term, it is crucial to give local institutions dealing with the integration of PWDs the tools and capacity to effectively advocate for their needs. Consequently, activities were undertaken aiming at strengthening the OPWDs, the district *Social Welfare Officers*, the SPGE members and the PWDs.

Firstly, the capacity of the *district-based* DSW was strengthened with the aim of having competent staff able to get disability issues into sectoral policies and programmes at the district level. To this effect, the district *Social Welfare and Community Development* officers in the two districts attended a *day's meeting on integration of needs of persons with disabilities in development plans*. The officers were encouraged to hold regular meetings with the district assemblies, the SPGEs and all other development partners in the two districts.

In addition, the *district-based* OPWDs were given leadership training. The various skills taught should enable them to provide the needed leadership for PWDs in the two districts and engage in advocacy for the needs of PWDs to be included in the GDWPP as well as district assembly's plans and budget. The programme, under the theme *Effective leadership to strengthen local branches* educated 25 district and community leaders.

Efforts were also made to sensitize and enhance the capacity of the *SPGE members, District Assembly members, and Small Business Associations* to inte-

grate disability issues in their plans, programmes and service provision. A manual (adapted from a *World Health Organization Manual on training in the community for PWDs*) was produced to give the SPGE members and *Small Business Associations* the knowledge in the kind of *skills training and job placement* which is appropriate to the different categories of PWDs and for their integration in the productive sector of the districts.

Finally, a one-day training workshop on *Starting My Small Business* was provided to 50 PWDs in each district. The objectives of the business training were to provide participants with business skills and confidence as well as to equip them with leadership, mobilization and advocacy skills. Topics discussed included setting up a business (needs assessment, feasibility studies, etc.), financing the business (access to credit and micro-credit facilities) and efficient management (planning, organising, marketing, etc.).

Partly as a result of the sensitization and capacity building initiatives, the district OPWDs have obtained a co-opted member status in the SPGE. They participate in some of the SPGE meetings as observers and are consulted on matters related to persons with disabilities in the two districts. In this way, they can fully advocate for the mainstreaming of PWDs in the local economic and decent work initiatives in their districts. Currently, the GFD is calling for a permanent membership of a OPWDs representative in the SPGE.

Micro-credit schemes and PWDs as micro-entrepreneurs

One of the key developments in the two districts is the introduction of micro-credit schemes for the establishment or expansion of businesses for persons with disabilities.

The DSW in collaboration with the GFD negotiated an allocation of one billion Cedis (approx. Euros 90.000) from the *National Micro-Finance Committee* for a micro-credit scheme for persons with disabilities. The micro-credit schemes are administered by rural banks in 20 districts, including the two GDWPP pilot districts.

The two pilot districts, which were each allocated 40 millions Cedis (approx. 4.000 Euros), started a process of mobilisation, screening and selection of beneficiaries. Out of a total of 198 PWDs mobilized and candidates for the micro-credit scheme, 75 have benefited from a total disbursement of 60 millions Cedis (approx. 6.000 Euros). The criteria used for the selection of beneficiaries were the same as the ones for non-disabled and were mainly based on potential and motivation.

Out of the 75 beneficiaries, 56 are physically disabled, 18 are blind and only 1 is deaf. The amounts of the loans (ranging between 30-200 Euros) as well as the repayment modalities depend largely on the nature of the business. The loans will be used either for establishing or expanding their businesses in areas such as petty trading, fish mongering, hair dressing, shoe making or farming. The next Section illustrates some of the personal experiences of PWDs who have benefited from the micro-credit scheme.

Note that the deaf and hearing-impaired persons were poorly represented in the list of beneficiaries. This is largely due to difficulties in communication and access to information in general. As a result, sign language training for the deaf was organized by the DSW, as described in the next section.

Better access to information and communication for the deaf

The DSW initiated the move to provide sign language training to illiterate deaf and a cross section of service providers in the district assembly and some bank officials, in order to improve communication and participation of the deaf in issues relating the PWDs and the GDWPP in particular. The objective of the exercise was to reduce the communication barriers that majority of the deaf face in their attempt to access services and opportunities.

Both literate and illiterate deaf as well as some service providers participated in a day's gathering to explain the purpose of the sign language training. Subsequently, the 40 participants were split in different community groups for the weekly classes. The *District Social Welfare Officer* expressed their satisfaction with the first class on the alphabet but was afraid participation would not be as high in the following weeks.

Skills and business development among PWDs in the informal economy

The next step in the integration of PWDs will focus on skills and business development among PWDs in the informal economy. More concretely, the project will identify the training needs of persons with disabilities in terms of entrepreneurial skills and trades ranging from food processing and small scale agricultural production, animal husbandry to batik tie-dye, sign writing and other such trades that require short to medium term training. Subsequently, the project will train and improve the capacity of local entrepreneurs and master tradesmen/women in the two districts to facilitate training for employable skills and job placement for PWDs.

Portraits of PWDs involved in the project

Emilia Ackom – an ambitious baker

Miss Emilia Ackom was born into a baker family and learned the bakery skills and tips at a very young age from her mother. She was born with a physical disability, which makes it strenuous for her to move around, but did not prevent her from starting her own small bakery business in 1971 at her husband's house. Today she has seven children, some of which help her with the daily business. For her, the disability was not as much a physical handicap as a psychological one. She said she used to feel very lonely and experienced deep sorrow until she joined the *Ghana Society of the Physically Disabled* (GSPD) in 2001. At that point, she realized she was not alone and could share her experiences with other people facing a similar situation. Last year, she even became the treasurer of the district branch of GSPD, which counts 129 members today.

Recently, she took part in the several trainings provided in the context of the GDWPP such as the *effective leadership training* and the *business training for PWDs*. She said "At first, I didn't really know how to manage my business well, but I now realize that I have to help people who help me if I want to improve my business. For example, to motivate my customers to come and collect my bread and send it to the market, I use the profit I can make on one bag of flour (40.000 Cedis or approx. 4 Euros) to pay for their transportation. I also give the profit of one bag to my children when they help me, and I keep the profit of two bags for myself". Emilia is using on average four bags of flour a day, which can produce about 500 loafs of bread (tea bread – sugar bread and whole wheat bread) and makes 120.000 Cedis (approx 12 Euros) of profit a day.

After the training, she was selected by the micro-credit scheme in the district and was granted a two millions Cedis loan (approx. 200 Euros) for one year. She is very happy and proud of her business' development. She said she could now stock flour and other ingredients rather than buy them on expensive credit from traders. Her next dream is to have access to a vehicle so that she could deliver the bread herself to the customers or to the market.

Mr Ransford Mensah – a devoted mechanic

The district and regional president of the GSPD is called Mr Ransford Mensah. During the monthly meeting of the GSPD, members share their problems, their needs, ideas and pay dues and welfare, which they use as a sort of welfare fund. Mr Mensah is also a co-opted member of the SPGE in *Ajumako* and an ex-

perienced mechanic. He started his business in 1990 but was involved in an accident about ten years ago. Thereafter, he thought he could never get back to work and went to a rehabilitation centre for two years, where he got the opportunity to learn rural crafts. The work and the atmosphere at the centre got him motivated and optimistic that he could start his mechanic business again after his recovery. So he did. He is now employing five apprentices (who like in all informal micro- and small enterprises do not get paid during their training) and work with another master mechanic.

He said he benefited greatly from the business and leadership training he participated in through the GDWPP. Above all, keeping records of income and expenditures has been a positive management change in his business. Recently, he also obtained a two millions Cedis loans from the micro-credit scheme introduced in the district. This loan helps him a lot in his business as he now can buy and stock spare parts rather than having to buy them on credit in *Accra* every time somebody needed one. Besides hoping to expand his business further, Mr Mensah said his goal was now to mobilize more PWDs in the district and mobilize funds in order to help them pay the transport so that they can join the activities organized and the monthly meeting of the association. In fact, only about 30 out of 130 members are regularly present for the meetings, due to their difficulties in getting or paying for the transportation.

A newly established leather-work business – Yaw Badu

About 15 years ago, Mr Yaw Badu had the opportunity to be trained in leather-work at a vocational school for three years. The education was free of charge because he was physically disabled since his birth and he was offered a *rehabilitation course* by the government. Thereafter, Mr Badu could unfortunately not start his business despite his educational training because he was lacking the necessary capital. As a result, he has been working for more than ten years as a *shoe shine boy*, polishing shoes for his customers.

Through the sensitization seminar he participated in, Yaw became more and more motivated to work hard and to do business rather than depending on welfare assistance. Soon after, he applied for the micro-credit scheme and obtained a loan of 800.000 Cedis (approx. 80 Euros). Although the amount is relatively small, it allowed him to buy raw materials such as leather and glue and to finally set up his business of leather-work (shoes, bags and belts). He said “now it is only a question of work, if I work hard, people will

buy more”. But he also said that the problem most commonly found in the district is that people buy on credit, which puts the business entrepreneurs in difficult situations.

Encouraging but not yet conclusive positive changes

The national strategy of the GDWPP and its disability component aims at unlocking the economic potential of PWDs and integrating them in decent work activities. As the pilot experience in the two districts is relatively young, an assessment of ultimate impact in terms of poverty reduction among PWDs is not yet available. In addition, estimating coverage is a difficult exercise because the number of people reached by the project are not limited to the direct beneficiaries (through capacity building and micro-credit schemes), but include a whole range of indirect beneficiaries (mainly through sensitization and awareness raising), both PWDs and non-disabled. Nevertheless, evidence suggests positive changes at the district level.

Firstly, awareness on the need to integrate PWDs in local economic development has considerably increased at community level, both among the PWDs and the non-disabled (*District assembly*, SBAs and SPGE members) through extensive sensitization efforts. Secondly, PWDs have taken pro-active role and more initiatives to advocate for their needs to be considered and included in local development plans. In addition, 75 PWDs have benefited from micro-credit schemes to establish or expand their businesses. Finally, capacity building of both PWDs and their representations (OPWDs) as well as non-disabled (*Social Welfare Officers*, SPGE – district assembly members, SBAs) has been reinforced so as to be equipped with the necessary tools and skills to integrate PWDs. The action plans for local economic development drawn up by the SPGEs explicitly focus on sectors where otherwise disadvantaged groups are concentrated, including women and PWDs.

Nevertheless, a sizeable majority of PWDs still need to be covered and the concrete results of the project still need to be seen. It is therefore necessary to give continuous attention and funding to build local mobilization capacity of the GFD – DSW and the OPWDs, in order to sustain and work up the positive changes in the two districts, and other parts of Ghana.

Note

1. The aim of the CBRP is to improve upon the country's service delivery to the majority of the children, adults and aged with disabilities. The initiative was developed

with the technical and financial support from two international NGOs, namely the *Norwegian Association of the Disabled* (NAD) and the *Swedish Handicapped Organisation* (SHIA) in collaboration with the UNDP, WHO, ILO and UNESCO.

References

CEDECOM: Survey on disability in the Central Region. 2000

GFD/DSW: Joint report on inclusion of needs of persons with disabilities. 2005

Ghana Poverty Reduction Strategy I (2001)

Ghana Poverty Reduction Strategy II (2005)

ILO: Working out of poverty in Ghana, the Ghana Decent Work Pilot Programme. 2004

ILO/UNESCO/WHO (joint position paper) : CBR: A Strategy for Rehabilitation, Equalization of Opportunities, Poverty Reduction and Social Inclusion of people with disabilities. 2004

DSW: Community-based rehabilitation strategy. 1992

Zusammenfassung: *Unter bestimmten Bedingungen können und wollen eine beträchtliche Anzahl von Menschen mit Behinderung lieber produktive Arbeit leisten, denn als karitative Fürsorgefälle behandelt werden oder auf der Grundlage von formellen Umverteilungsmaßnahmen leben. Obwohl eine Seltenheit in Ghana, gibt es dennoch einige Strategien für Arbeits- und Beschäftigungstrainings sowie Unternehmensgründungen. Unter diesem Blickwinkel hat das ghanaische Pilotprogramm zur Förderung menschenwürdiger Arbeit (GDWPP) - das ein Kooperationsprojekt der Regierung, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und der Internationalen Arbeitsorganisation ist - zum Ziel, die Armutssituation bei Menschen mit Behinderung zu lindern, indem deren ökonomisches Potenzial erschlossen wird. Dieser Artikel dokumentiert die innovativen Fortschritte des GDWPP sowohl bezüglich der Integration von Menschen mit Behinderung in die nationale Entwicklungspolitik, als auch in die lokale wirtschaftliche und soziale Entwicklung.*

Résumé: *Dans certaines conditions, un nombre non négligeable de personnes handicapées veulent et peuvent réaliser un travail productif plutôt que d'être objet de charité ou vivre de mécanismes formels de solidarité. Bien que peu nombreuses, des stratégies de formation professionnelle et de développement commercial pour les personnes handicapées sont mises en œuvre au Ghana. Dans cette perspective, le "Ghana Decent Work Pilot Programme", une initiative conjointe du gouvernement, des organisations d'employeurs et travailleurs et du BIT tente de réduire la pauvreté des personnes handicapées en "libérant leur potentiel économique". Cet article décrit le travail innovant du GDWPP d'intégration des personnes handicapées dans les politiques nationales de développement ainsi que dans le développement social et économique local.*

Resumen: *El artículo presenta el trabajo del "Ghana Decent Work Pilot Programme" (GDWPP), que es una iniciativa común del Gobierno de Ghana, las organizaciones de los empresarios y de los trabajadores, y así como también de la OIT. Se documenta el trabajo inovativo del GDWPP con la integración de las Personas Discapacitadas en programas nacionales de trabajo, así como también en programas locales económicos y de desarrollo social.*

Autorin: Sophie Grooten hat den Abschluss in *International Economics* an der Universität Maastricht erlangt. Sie untersuchte für eine NRO im Norden Ghanas die Auswirkungen von Kleinkredit-Programmen. Vor kurzem absolvierte sie ein 6-monatiges Praktikum bei der ghanaischen Abteilung der *Internationalen Arbeitsorganisation* (IAO) in Accra im *Decent Work Pilot Programme*, einem Pilotprogramm zur Unterstützung menschenwürdiger Arbeit.

Anschrift: Sophie Grooten; Sneppevej 2, 3th; 2400 Copenhagen NV; Denmark
E-Mail: sgrooten@gmail.com

Professional Inclusion in Uzbekistan

Stefan Lorenzkowski

The Community of Independent States is a diverse group of countries that formerly belonged to the USSR. Although these countries are not classical development countries there are many aspects that are similar in their socio-economic situation. Most of the countries (except Latvia, Lithuania and Estonia) can be described by the rather vague term *transitional countries*. The specific economic, social and especially the political situation in combination with the heritage of the USSR creates very difficult circumstances for disabled people. This article will focus on approaches to include disabled people into the labour market and the problems faced in this process in the form of the country situation, disabled people, the work of NGOs and the demands of donor agencies.

Background

Uzbekistan gained independence in 1991. Since then the development in this country has been indifferent. The government has not been following a clear line in terms of political, economical and social development, neither in the international nor national orientation of the policies. Although elections take place in Uzbekistan, and it is officially a democracy the opposition has been suppressed for the last 15 years. Most of the intellectual political elite left the country and live in exile. The government in Uzbekistan has complete control over all aspects of cultural, social and economic life. During the last two years the control of civil society and its organizations became almost total, especially after the massacre of *Andijan* in May 2005. This concerns international as much as national NGOs. Nevertheless the disability movement in Uzbekistan is vibrant and trying to find suitable arrangements with the political situation.

While the country has natural and economic resources, compared to other central Asian countries it has a strong GDP (1.744 US\$). Big parts of the population struggle with poverty. Beside some natural resources Uzbekistan is the forth biggest producer of cotton worldwide. The capitol of Uzbekistan is a glittering city which is similar to other big cities in Central or Eastern Europe. But the rural regions show the difficulties the country experiences. In many districts no running water, no electricity or gas is available. The harsh climate makes it difficult in summer with temperatures up to 55 degrees C but also in winter when the temperatures can plummet to -20 degrees C. Many of the economic problems are home-made like in the cases of administrative corruption, miss-management of the cotton selling, regulations asking for early harvesting, high custom costs and taxes.

Since independence the political and economical systems in Uzbekistan are under a constant process of restructuring. The introduction of a more liberal market economy with small businesses and international corporations gave new opportunities but also led to

less social stability for all citizens. As a result the socio-economic situation of many people became more difficult. High rates of inflation, a high level of poverty, corruption and internal political conflicts reduced the quality of life for all in the country. The informal economy grew during the recent years and many enterprises had to close. For disabled people and their families the situation is even more difficult. They are marginalized due to a lack of interest, resources, skills and opportunities.

Reforms in Uzbekistan have been slow. They were not able to address the needs of all vulnerable groups in the country and on the contrary saw the decrease of social benefits and support like free public transport or reduced utility costs. International efforts have mainly been focusing on mainstream economical, institutional and infrastructural reforms. For families to survive several jobs per person are necessary. Minimum salary is around 20 US\$ per month for most jobs in governmental services such as hospitals, schools or administration. The informal labour market is quite large. Visible poverty has increased during the last five years.

Disabled People in Uzbekistan

Disabled people in Uzbekistan are confronted with a social protection system that was inherited from the former USSR. This system aims to separate the *able* from the *unable* parts of the population. The available public services have a poor quality and the coordination between the relevant ministries of health, social protection and education is inefficient¹. Disabled people have to register in disability categories in order to obtain social benefits. By 2003 there were more than 817.000 disabled people registered in Uzbekistan². With a population of 25 million people in the country the number of registered disabled people seems to be too low. It can be assumed that the real number of disabled people in this country lies between 1,8 and 2,3 million taking the WHO estimations that up to 10% of the population have a disability. Many disabled people

do not have the possibility to get registered in any of the disability categories either because of a lack of information about their rights or the financial resources to pay the necessary bribes for doctors and departments³. One strangely positive aspect in this context is that a number of DPOs appeared during the last years which address in a rather clear way the rights of disabled people to have employment and receive appropriate services.

Most disabled people (22.6%) live in Tashkent (13.8%), Tashkent Oblast (2.3%) and in the districts of Fergana Valley (6.5%)⁴. The official figures include all disabled people who are registered in one of three disability categories:

- The 1st category includes disabled people who have completely lost their abilities to work and fully depend on the support of other persons;
- The 2nd category includes disabled people who have lost their abilities to work, but do not need support of others;
- The 3rd category is intended for disabled people who have partially lost their abilities to work.

The average disability pension is 12,800.00 UZ SUM (ca \$13.00) which is not sufficient to live on. Still families use this pension to improve the family income.

Disabled people and employment

The rights and support for employment of disabled people are enshrined in the *Law on Employment of Population* (1992) and further detailed in the Resolution 504 of the Cabinet of Ministers from 1.12.1998. The annex of the resolution 504 describes the disability quota for enterprises with more than 36 employees. It also outlines the necessary certification of enterprises to guarantee the workplace safety of disabled people. These certificates are issued by the *Special Institute of Labour Protection*, which is attached to the *Ministry of Labour and Social Protection*. In order to obtain a certificate, enterprises have to pay a fee which is about US\$ 65 for. If enterprises do not meet the disability quota, the employer has to pay a penalty fee into the *Employment Assistance Fund* which supports the employment of the vulnerable population. The legislation in Uzbekistan is theoretically in favor of disabled people but the state does not meet its own obligations. In contrast to the favorable legislation employment of disabled people is difficult and faces many obstacles. Awareness about disability and the understanding of disability needs in administrations and enterprises is low. Many disabled people lack knowledge and experience to obtain the relevant skills

for the labour market that is changing quickly. Also the administrative regional and local departments of the *Ministry of Labour and social protection* are inadequately skilled to understand disability issues. As a result disabled people mainly work in an informal labour market, such as deaf people who work on illegal markets because the police cannot communicate with them. Many disabled people on the other hand show passivity and the attitude of being recipients rather than taking an active role in employment. One statement heard quite often by the general public is that it is more important for *able* people to have employment than for disabled people.

There are official figures about the employment of disabled people. In 2004 only 32,929 registered disabled people were employed plus 1,645 vulnerable people who were employed under the quota of the employment legislation. Taking the estimation of 2,4 million disabled people living in Uzbekistan around 98% of all disabled people have no employment. A survey of *Japan International Cooperation Agency* (JICA) showed that the difficult socio-economic circumstances are caused by insufficient information about disability, lack of training for enterprises, disabled people and local authorities as well as difficult implementation of existing labour and social protection legislation.

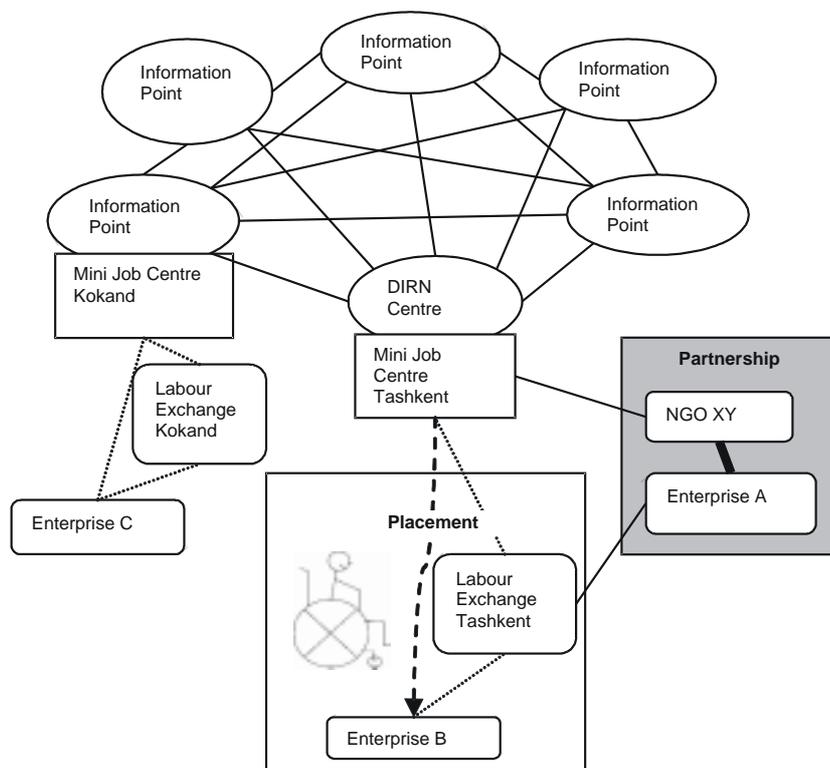
One problem occurring is that some employment centres either do not know about enterprises which are able to employ disabled people, or they are not willing to place disabled people in appropriate companies. Also employment centres do not see the relevance of employing disabled people. A second problem could be the financial difficulties for enterprises to employ disabled people. If an enterprise with more than 36 employees does not employ disabled people, it has to pay a penalty. But in order to employ disabled people, enterprises have to invest beforehand into the certificate guaranteeing the wellbeing of them. This mechanism effectively prevents employment for disabled people.

Objectives of the project

Handicap International and two Uzbek organizations started the *Disability Information Resource and Employment Project* (DIRECT) early in 2006. The partner organizations are *Business Women Association* (Kokand) a mainstream business NGO and *Millennium* (Tashkent) a young DPO. The cooperation between a development NGO, a mainstream NGO and a *Disabled Peoples' Organization* brings together experiences from different fields. It brings as well chal-

lenges in form of differing approaches and understanding of the issues related to employment of disabled people. The project is financed by the *European Commission* and *Handicap International* and will run for two years if it is not terminated by the Uzbek government before.

The project aims to enable stakeholders to cooperate in the support of disabled people in all fields of legislation, employment, training, information and reasonable adaptations for employment. This can only be achieved by considering the socio-economic context in the country through the combination of information and training, exchange and cooperation, awareness raising in enterprises, government and the general public, as well as providing recommendations for decision makers. The project wants to bring a disability perspective into mainstream structures and to support disabled people through specific activities.



Scheme of current professional integration of disabled people

Enable access to disability information and provide training of stakeholders to increase knowledge about disability

Access to disability related information is provided in two resource centres in Tashkent and Kokand. Information and exchange about social model approaches to disability as well as about specific laws and the situation in Uzbekistan facilitates the work with enterprises, administrations and disabled people.

They provide the necessary backup for the mini job centres and public relation activities. Information is available in Tashkent and Kokand attached to the Mini Job Centres. They are equipped with information materials (books, brochures, CD-ROMs, video materials) in Russian and if available in Uzbek.

These information and exchange activities are also supported by the publishing of a disability directory that gives general information about disability in Uzbekistan and holds a list of NGO and government departments that work in the field of disability.

Beside the provision of information and the possibility to conduct meetings, the resource centres in Kokand and Tashkent provide consultations for disabled people about disability related issues:

- Becoming employed: Search for jobs, preparation for the job interview, skills for employment etc;
- Self-employment: Steps to become self-employed, establishing a small business, assistance in registration;
- Being employed: Problems during the first months, difficulties with colleagues and management, etc;
- Psychological, legal and economical support.

Mini Job Centres for disabled people

In Tashkent and Kokand *Mini Job Centres* were opened and work with the resource centres. Besides providing active support for disabled people they also give an example of how disabled people can be included into regular employment through employing disabled people from the partner organisations. The specific tasks of the MJC work is to provide up-to-date information about disabled people looking for employment, enterprises that are willing to employ disabled people and to develop a strategy to mainstream disability into enterprises and employment centres. An

online database supports the work of the MJC. The data base collects information (address, location, needs, skills, profile) about disabled people looking for jobs. It includes information about enterprises (structure, location, needs, capacity and accessibility) which are willing to employ disabled people. Different tools enable the MJC to search the database for matching profiles and requirements. The database also provides reliable information about the numbers of unemployed disabled persons in Tashkent and Kokand as

well as common challenges that disabled people face.

Beside the identification and placement of disabled people in employment the project provides training for disabled people as well as for employment centres and enterprises. The trainers work in close cooperation with the resource centre and the consultants to include a wide variety of information and experience. A number of topics are included into the training:

- Training for general competence of disabled people: The modern labour market and its demands. Who is who in the world of profession, labour legislation and regulations
- Training and improvement of skills of disabled people: presenting abilities, how to pass an interview, how to complete documents in the process of employment search, self presentation
- Training for disabled people to become self-employed: creation and management of small businesses, accounting, planning
- General training on creative thinking and strategic planning
- Training for labour exchange and companies: needs of disabled people, accessibility of buildings
- General disability equality training for *Labour Exchange Office* and enterprises

During the length of the project ways will be evaluated how different parts of the *Mini Job Centres* can be included into the work of the general employment centres to achieve the inclusion of disabled people into the governmental work.

Active support for finding employment

In combination with the training and consultation the project provides direct personal support for the employment search and the first phase of the employment. With the support of the database appropriate enterprises are identified for unemployed disabled people. This direct support is necessary to build the individual capacity of disabled people while seeking employment, to identify difficulties in the first period of employment and to address identified difficulties in the enterprise. These aspects are summarized in *Individual Development Plans* for disabled people, which are used as a reference for employment.

Individual support is provided by the trainee social workers. They go into the companies and the homes of the disabled people to work directly with all involved stakeholders. These trainees are supervised by the project partners and receive further on-the-job training by the trainers and consultants.

The strategy of the project is to initially work with enterprises that are relatively easy to work with in order to create good practice examples for the inclusion of disabled people into employment. Taking in consideration the economical situation in Uzbekistan this is a very challenging task.

Review of existing legislation

As the implementation of legislation is crucial for the employment of disabled people the project requires a sound understanding of existing laws. These laws and their implementation in Tashkent and Kokand are analyzed and the data base is used to facilitate this process. The review focuses on social benefit, assessment of disability, work health security certificates, taxation for companies and disability quota. For this review and research decisions which were made by local parliaments and guidance notes by the local authorities (khokims - mayors) in connection with accessibility of enterprises and public buildings. Based on the findings the project will recommend changes and invite decision makers, companies, NGOs and disabled people to discuss the results at the end of the project in *Disability and Employment*. A publication that is newly introduced in Uzbekistan. It will be published twice during the project to provide comprehensive information about employment for disabled people, labour legislation and the implementation of this legislation. The aim of the publication is to lobby the Uzbek government in the area of employment of disabled people and to facilitate the exchange with international organizations. The results of this activity cannot yet be predicted.

Awareness Raising and experience exchange

Awareness Raising is significant for the outcome of the project. The communication and sharing of experience in Uzbekistan helps to raise awareness of the abilities of disabled people, contribute to a change in the mentality towards disabled people and strengthens the self-esteem of disabled people.

The project's website provides comprehensive online information about different aspects that are relevant for disabled people in Uzbekistan. It holds general information in Russian and Uzbek about disability in the country, documents which have been produced during the project, information about project activities and the *Annual Disability Directory*.

Complementing and enhancing local structures and resources

The available structures and resources in Uzbekistan are a good base for the project activities. The project is designed in the spirit of *Community Approaches of Handicap in Development (CAHD)*⁵. CAHD aims to bring together existing resources in the country and building the capacity of local organizations to improve the inclusion of disabled people. This approach consists of the four components:

- **Social Communication** focuses on the exchange and accessibility of disability related information;
- **Inclusion** aims to create opportunities for disabled people at community and local level;
- **Rehabilitation** is necessary to enable the participation of disabled people in all fields of society;
- The component **management** assists in the development of appropriate mechanisms to implement the participation of disabled people at community level.

The importance of CAHD is that all stakeholders are brought together and that the different components can be provided by different stakeholders in or outside the project. The importance is that a constant communication creates links between them to enable the most appropriate solution for disabled people.

Problems encountered

A number of problems and reality shocks were encountered during the first 6 months of the project. They are partly connected to the specific context in Uzbekistan but also partly based in the nature of NGO work.

The project was designed in May 2005, the month of the massacre in Andijan. This has to be taken into consideration evaluating the problems of the project implementation because the implementing partners are part of civil society which is seen as being a threat for the Uzbek government. Regulations make the work difficult and governmental institutions are requested not to work with NGOs. Finding ways around these constraints is difficult and takes a lot of time from the implementing organizations in order not to violate the laws in Uzbekistan. Despite the general hostile attitude of the Uzbek government it is possible to work with local authorities. If a certain activity is perceived as being helpful for the daily work, individuals in the employment centres for example are willing to take responsibility for them. Personal relationships are the base for finding solutions.

Another group of problems is the idealism of NGOs implementing projects and the ambitions during

project design. Models that seem to be good and logical do not necessarily work out in reality. In order to meet the request of international donors NGOs have to meet certain grant requirements and a specific technical language seems to be superficial. Accepting this, means for the project partners to get involved on a more long-term base and taking in small steps. The combination of good practice examples and mainstreaming of disability in the area of employment are means that seem to work out. Enterprises can be *convinced* and the lobbying processes get some examples that prove the project is right.

A third group of problems lies in the current mentality of disabled people. More than 70 years of segregation created psychological mechanisms in society that make the segregation of disabled people seem natural⁶. Overcoming these attitudes and the passivity of disabled people is the biggest challenge experienced in the project. Despite the fact that *Millennium*, one project partner, has experience with employment issues, their disabled staff, for example, has difficulties adopting an objective oriented method of working that requires meeting deadlines. Only through taking time, offering meetings and consultations this can be resolved. International NGOs have to lower their expectations in order to create sustainability.

Conclusions

Inclusion of disabled people in employment is a complex process that can only be guided to a certain extent. This article presented an approach that aims to target different aspects in the area of employment of disabled people. The most important lesson learnt from the project, that started early 2006, is that through a variety of activities targeting individuals, enterprises and local authorities in the areas of training, information and coordination little improvements are possible.

Employment of disabled people needs good practice examples based on enterprises open enough to take a challenge and the time to solve difficulties. In combination with a comprehensive training program and consultations occurring challenges can be addressed. Information about approaches towards professional inclusion must be available to provide ideas for the daily work.

Notes

1. Republican Centre for Social Adaptation of Children: Analytic Report of the Establishment of the Social Protection System (draft), Tashkent, 2006

2. Disabled People in the Republic of Uzbekistan, JICA 2004
3. Evaluation report of the Disability Information Resource Network for Civil Society (DIRN) project
4. According to governmental figures from 2002
5. www.handicap-international.org.uk/pdfs/Understanding_CAHD.pdf
6. KATSUI, H.: Towards Equality: Creation of a disability movement in Central Asia. Helsinki, 2005

Zusammenfassung: Die Gemeinschaft unabhängiger Staaten ist eine Gruppe verschiedener Länder, die früher zur UdSSR gehörten. Obwohl diese Länder im klassischen Sinne nicht zu den Entwicklungsländern gezählt werden, gibt es dort viele Bereiche, die hinsichtlich der sozio-ökonomischen Situation ähnlich sind. Die meisten dieser Länder (außer Lettland, Litauen und Estland) können mit dem Begriff „Transformationsländer“ bezeichnet werden. Die besondere wirtschaftliche, soziale und vor allem politische Situation in Kombination mit den Auswirkungen des Erbes der UdSSR, bringen sehr schwierige Bedingungen für Menschen mit Behinderung mit sich. Dieser Artikel befasst sich mit den Ansätzen der Inklusion von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt und den Problemen dieses Prozesses bezüglich der länderspezifischen Situation, der Menschen mit Behinderung selbst, der Arbeit der NROs und der Erwartungen seitens der Geberorganisationen.

Résumé: La Communauté des Etats Indépendants (CEI) est un groupe d'états anciennement réunis dans l'URSS. Bien que ces pays ne soient pas des pays en développement

«classiques», bien des aspects de leur situation socio-économique sont similaires. La plupart de ces pays (sauf la Lituanie, la Lettonie et l'Estonie) peuvent être décrits par le terme vague de « pays en transition ». Leur situation économique, sociale et politique particulière, combinée à l'héritage de l'URSS créent un environnement particulièrement difficile pour les personnes handicapées. Cet article se consacre aux approches visant à inclure les personnes handicapées dans le marché du travail et aux problèmes liés dans ce processus à la situation du pays, à celle des personnes handicapées, au travail des ONG et aux exigences des financeurs.

Resumen: La Comunidad de los Países Independientes es un grupo de diversos estados que antes formaron parte de la Unión Soviética. Aunque ellos no son países clásicos en vías de desarrollo, existen muchos aspectos similares en su situación socio-económica. La gran mayoría de ellos pueden ser descritos como “países en tránsito”. Este artículo se concentra en enfoques para incluir Personas Discapacitadas al mercado laboral y los problemas que tienen los diferentes actores frente a este desafío.

Autor: Stefan Lorenzkowski arbeitet als Berater für das regionale CIS Programm von *Handicap International* in Moskau. Er arbeitet mit Partnerorganisationen in Russland, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan zusammen, um Projekte in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Zugang zu Informationen für Menschen mit Behinderung zu entwickeln.

Anschrift: Stefan.Lorenzkowski@web.de

Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung – eine Kooperation zwischen Kapstadt und Berlin: Ein Interview mit Donald Vogel

Doris Gräber

Seit 2002 gibt es einen lebhaften Austausch zwischen der *Cape Mental Health Society* (CMHS) in Kapstadt (Südafrika) und verschiedenen Trägern aus dem Bereich der Behindertenhilfe in Berlin, insbesondere der *Nordberliner Werkgemeinschaft* (nbw). Den Anstoß für diese Kooperation gab eine persönlich motivierte Initiative von Donald Vogel, Leiter der Koordinationsstelle der Kinder- und Jugendambulanzen in Berlin. Nach vier Jahren können die Initiatoren und Teilnehmer des Austauschprojektes auf einige wesentliche Entwicklungen zurückblicken: Nach den ersten gegenseitigen Besuchen in den Jahren 2003 und 2004, die zunächst inhaltlich breit angelegt waren, wurde der Bereich Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung als zentrales Thema der weiteren Begegnungen definiert. Doris Gräber, Mitglied der Redaktion, sprach mit Donald Vogel, dem Initiator des Kooperationsprojektes.

Doris Gräber: *Woher kam dieses starke Interesse für die Arbeitsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung?*

Donald Vogel: Seit dem Fall der Apartheid - bzw. eigentlich schon einige Jahre früher – findet bei CMHS ein Transformationsprozess statt, der nicht nur die Einbeziehung aller Hautfarben und Bevölkerungsgruppen betrifft. Dieser ist weitgehend abgeschlossen. Vielmehr gibt es einen Prozess, sich den gesellschaftlichen Realitäten für Menschen mit Behinderung in Südafrika in aller Breite zu stellen. Das drückendste Problem in Südafrika – ähnlich wie in Deutschland in den 50er und 60er Jahren - ist, dass nicht alle Menschen mit Behinderung in die Schulbildung einbezogen werden und dass nur wenige Menschen mit Behinderung überhaupt eine Form von Arbeit haben. Auch die Zahl der Werkstätten, die für Menschen mit Behinderung in Südafrika existieren, ist nicht ausreichend. Es gibt daher die primäre Initiative, für alle Menschen mit Behinderung eine Form der Tagesbetreuung und Bildung anbieten zu können. Im zweiten Schritt stellt sich dann die Frage: Was passiert nach der Schule? Wie schaffen wir Möglichkeiten der Beschäftigung und Erwerbsarbeit?

D. G.: *Welche Ansätze hat CMHS entwickelt, um Angebote für Menschen mit Behinderung im Bereich Beschäftigung machen zu können?*

D. V.: Die Werkstätten der CMHS sind in ähnliche Abteilungen strukturiert wie hier in Deutschland. Es gibt verschiedene *life skills groups*, *training groups* und *production groups*. Aber bedingt durch Finanz- und Personalbeschränkungen - und weitere Faktoren - unterscheidet sich die Zielgruppe. CMHS hat Kriterien erstellt, ab wann sie für einen Menschen mit Behinderung

ein sinnvolles Angebot in ihren Werkstätten machen kann. Die Beschäftigten müssen selbstständig kommen und gehen können, sie müssen sauber sein und eine Mindestleistungsfähigkeit haben. Das sind die Dreh- und Angelpunkte. Priorität hat im Moment die Eingliederung von Werkstattmitarbeitern, die hier vielleicht als Menschen mit Lernbehinderung eingestuft werden würden, in den ersten Arbeitsmarkt. Es geht um eine Gruppe von Menschen, die bezüglich ihrer physischen Leistungsfähigkeit und ihrer mentalen Ausdauer Menschen ohne Behinderung in wenig nachstehen. Hier ist der Druck am größten, sie aus der Werkstatt heraus in den ersten Arbeitsmarkt zu platzieren. Es soll im nächsten Jahr eine *integration company*, eine Integrationsfirma gegründet werden.

Wir hatten gerade den Verbandsvorsitzenden der südafrikanischen Reinigungsfirmen, der selber eine große Reinigungsfirma hat, hier. Er ist ein Unternehmer mit hoher sozialer Verantwortung und er will die Gründung dieser Integrationsfirma unterstützen. Vor allen Dingen ist dieser Brückenschlag zu Industrie- und Dienstleistungsunternehmen – und das ist ja eine nicht einfach zu bauende Brücke – für CMHS sehr wichtig. Das ist auch der Grund, warum die Delegierten von CMHS hier in Deutschland so einen Fokus auf die hiesigen Integrationsfirmen gehabt haben. Das schien ihnen das logische Konzept, der *missing link*, den sie zwischen dem ersten Arbeitsmarkt und der Werkstatt schaffen müssen. Dazu muss man aber auch das qualifizierte Personal in den Werkstätten haben. Das führt zu einem großen Unterschied zwischen den kooperierenden Organisationen. In CMHS finden sie meistens Sozialarbeiter, also Mitarbeiter ohne betriebswirtschaftliche oder handwerkliche Schulung. Währenddessen finden sich in deutschen Werkstätten eben auch Handwerksmeister und Betriebswirte. Nur unter Einbeziehung dieser Qualifikationen können

qualitativ geprüfte Produkte und Dienstleistungen an Firmen geliefert werden.

D. G.: *Geht es hier auch um eine Stärkung des ökonomischen Bewusstseins bei den Mitarbeitern von CMHS?*

D. V.: Das kann ich Ihnen aus dem Austausch direkt schildern. Im Jahr 2005 saßen die südafrikanischen Delegierten hier am Anfang als sehr gutherzige Sozialarbeiter. Man muss das Herz auf dem richtigen Fleck haben, um Menschen mit Behinderung richtig helfen zu können. Hier in Deutschland sind sie dann bei einer Diskussionsveranstaltung zum Thema der Kreditvergabe an Menschen mit Behinderung, die sich selbstständig machen wollen, gewesen. Da saßen auf dem Podium Bankenvertreter und haben ihre Vorstellungen über Kreditwürdigkeit dargestellt. Da springt eine südafrikanische Teilnehmerin auf und sagt: „In Deutschland arbeiten die falschen Menschen mit Menschen mit Behinderung. Zu wenig Gutherzigkeit!“ Daraufhin haben wir in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsfirmen ein Seminar zur Firmengründung angeboten. Das hat bei dieser Teilnehmerin viel verändert: sie hat die Bedeutung eines guten betriebswirtschaftlichen Konzeptes zur Schaffung von Arbeit in seiner vollen Tragweite erkannt. Und davon waren sie bei CMHS sehr angetan, als sie zurückgekommen ist. Und eben das wünscht sich CMHS in diesem Transformationsprozess als eine Qualifikation, die breiter um sich greift. Es geht einfach darum, Kenntnisse in den Grundkategorien zu haben, wie jetzt zum Beispiel bei den Zuverdienstprojekten. Diese sind in Deutschland meistens an stabile Projekte drangehängt. Ein alleiniges Zuverdienstprojekt wie z.B. *Beadability* bei CMHS trägt sich langfristig aller Wahrscheinlichkeit nach nicht.

D. G.: *Es gibt aber auch Ansätze bei CMHS, um leistungsstarke Menschen mit Behinderung direkt in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln?*

D. V.: Natürlich gibt es viele parallele Aktivitäten in Südafrika, wie z.B. im Rahmen des *Umsobomvu Youth Fund*. Dieser fördert Maßnahmen zur Schaffung von Arbeit für Jugendliche und dort eingegliedert auch Projekte für Menschen mit Behinderung. CMHS hat nun schon den zweiten Förderstrang bekommen, d.h. es werden Trainingsprojekte durchgeführt, um Menschen mit Behinderung an den ersten Arbeitsmarkt zu führen. Das ist das erste Modellprojekt in diesem Bereich. Dazu wurden von den 600 Menschen mit Behinderung, die sich aus den Werkstätten von CMHS

beworben hatten, in einem aufwändigen Selektionsprozess 40 TeilnehmerInnen ausgewählt und in eine Trainingsmaßnahme aufgenommen. Für das Auswahlverfahren haben MitarbeiterInnen von CMHS jede Familie aufgesucht, da die Teilnahmekriterien nicht nur auf den Menschen, sondern auch auf die soziale Unterstützung bezogen waren, um im ersten Arbeitsmarkt bestehen zu können. Und von diesen 40 TeilnehmerInnen wurden immerhin 23 tatsächlich beim ersten Anlauf in Arbeit gebracht. Schwerpunkte waren Reinigung, Kindergartenassistenz, Gärtnerarbeiten und Assistenz für Krankenschwestern. Dieses Projekt wird jetzt mit einem zweiten Förderstrang fortgesetzt. Diese Projekte zielen strukturell vielleicht auf etwas Ähnliches wie unsere Berufsbildungswerke. Allerdings sind das aus unserer Sicht noch sehr kurze Trainingseinheiten von bis zu drei Monaten, aber dann mit intensiver Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Immerhin, über die Hälfte der TeilnehmerInnen in Arbeit zu bringen, ist wirklich schon sehr gut.



Der Vorsitzende der *National Cleaning Association* und die TeilnehmerInnen des aktuellen Austausches vor einer Integrationsfirma in Berlin

D. G.: *Gibt es dann auch eine weiterführende Begleitung für die ArbeitnehmerInnen, wie z.B. zu Rechtsfragen oder bei Schwierigkeiten am Arbeitsplatz?*

D. V.: In Südafrika gibt es in der Regel zeitbegrenzte Verträge für meist ein Jahr und die Nachbetreuung muss sicherstellen, dass die ArbeitnehmerInnen mit Behinderung einen Folgevertrag bekommen, um sie weiterhin auf dem ersten Arbeitsmarkt zu halten. Die Begleiter sind auch Mediatoren bei Konflikten. Die sozialarbeiterische Komponente wird ziemlich intensiv abgedeckt. Die Ergebnisse werden auch dokumentiert. Dafür sind unsere südafrikanischen Partner – aber das hat wieder mit dem Angelsächsischen zu tun – dafür offener als wir hier. Durch die Konkurrenz um Funds bestehen hohe Anforderungen an die Dokumentation und die Erfolgsdarstellung. Es gibt immer Begleitmaßnahmen, um Auskunft über den Verlauf und die Ergebnisse des Projekts geben zu können.

D. G.: *Sie erwähnten vorhin den Druck, Menschen mit Behinderung auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Woher kommt dieser Druck? Ist er eher ökonomisch begründet oder hat er eine konzeptionelle Basis, also z.B. die Unterstützung der Integration von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft?*

D. V.: Südafrika hat zwar eine minimale soziale Grundsicherung für alle Menschen mit Behinderung eingeführt (umgerechnet etwas mehr als 100 Euro im Monat), aber Südafrika ist nach deutschen Maßstäben mit Sicherheit kein Sozialstaat. Insofern ist die Aufnahme von Erwerbstätigkeiten auch für Menschen mit Behinderung eine ökonomische Notwendigkeit. Andererseits bestehen weitreichende gesetzliche Forderungen für Menschen mit Behinderungen, also konzeptionelle Wunschvorstellungen. Südafrika ist eine sehr dynamische Gesellschaft geworden, so dass sich Anknüpfungspunkte ergeben, bei denen Realität und gesetzliche Möglichkeiten verbunden werden können.

Als einen solchen strategischen Anknüpfungspunkt hat die CMHS insbesondere die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung gesehen, weil es seit 1998 den *Employment Equity Act* gibt, der so etwas wie ein Gleichstellungsgesetz ist. Es bezieht sich auf – und zwar in einem Atemzug – Menschen mit schwarzer Hautfarbe, auf Frauen und auf Menschen mit Behinderung. Das sind die drei benachteiligten Gruppen. Und es besteht ein politischer Druck, dass diese drei benachteiligten Gruppen in ausreichendem Prozentsatz in Firmen und von öffentlichen Arbeitgebern be-

schäftigt werden.

Kurz zusammengefasst kann man zum *Employment Equity Act* sagen: Ziel des Gesetzes war es, viele Menschen mit schwarzer Hautfarbe in Arbeit zu bringen als historische Wiedergutmachung des früheren *Job Reservation Act*, welcher die Bevorzugung von Menschen mit weißer Hautfarbe zum Inhalt hatte. Es gibt Auswertungen dazu, dass insbesondere Frauen mit weißer Hautfarbe von dem neuen Gesetz profitiert haben, weil sie die entsprechenden Qualifikationen und gleichzeitig das Minoritätsmerkmal *Frau zu sein* aufweisen konnten. Auch Menschen mit schwarzer Hautfarbe haben von dem Gesetz profitiert; wer davon überhaupt nicht profitiert hat, sind Menschen mit Behinderung. Sie sind in der Wahrnehmung die kleinste Gruppe der Benachteiligten und haben keine starke Lobby. An dieser Stelle setzt CMHS in ihrer Lobbyfunktion für Menschen mit Behinderung an und setzt sich besonders für die Umsetzung des *Employment Equity Acts* in Bezug auf Menschen mit Behinderung ein. Das sehen sie als ihre konzeptionelle Aufgabe.

D. G.: *Auf welche Weise nimmt die Organisation auf dieser Ebene ihren Lobbyauftrag war?*

D. V.: Alles zu nennen würde jetzt zu weit führen. Ich schildere ein Beispiel: Vor ca. einem halben Jahr wurde in Südafrika eine Regierungskommission zur Prüfung der Auswirkungen des *Employment Equity Acts* gerade im Bereich Behinderung gebildet. CMHS hat als Anregung einen internationalen Experten aus Deutschland eingeladen und ihn mit dieser Kommission zusammengebracht. Diese hat ihren Gegenbesuch in Deutschland im Laufe dieses Jahres angekündigt. Sie wollen und können zwar nicht die deutsche Gesetzgebung übernehmen, das ist undenkbar, aber sie können sich gewisse Anregungen von der Umsetzung des Gleichstellungsprozesses holen und dann entscheiden, ob das in Einzelteilen vielleicht auch ein Weg für Südafrika sein könnte. Es geht um Lösungen zu den Fragen: Wie schaffen wir die Ausgleichsabgabe? Wie können wir garantieren, dass sie tatsächlich gezahlt wird? Wie motivieren wir Firmen, dass sie tatsächlich Aufträge vergeben? Es gibt ja in Südafrika das Bundesministerium für Arbeit, das eine schöne Hochglanzbroschüre zur Beratung der Firmen herausgebracht hat, wie sie das nun machen, Menschen mit Behinderung einzustellen. Dazu gibt es auch Veranstaltungen in den Firmen, aber das hat alles nur Empfehlungscharakter. Und deswegen hat sich da auch nicht viel getan. Einzelne Förderungen werden vom Bundesministerium für Arbeit zwar gezahlt, aber es gibt

keine ausführenden regionalen Verwaltungsbehörden, wie z.B. das Integrationsamt.

D. G.: *Setzt sich die CMHS pauschal für die Gruppe der Menschen mit Behinderung ein oder haben sie – dem Namen nach zu urteilen – einen Fokus auf Menschen mit geistiger oder psychischer Beeinträchtigung?*

D. V.: Es gibt einen allgemeinen Druck, sich gemeinsam für alle Menschen mit Behinderung einzusetzen, aber sicherlich liegt der Hauptfokus der CMHS auf Menschen mit mentalen Behinderungen, d.h. Menschen mit geistiger oder mit psychischer Beeinträchtigung. Als *Mental Health Society* haben sie aber durchaus auch Aktivitäten zur Förderung der mentalen Gesundheit bei nichtbehinderten Menschen, wie etwa Angebote zur Entspannung und Stressbewältigung. Man findet im angelsächsischen Raum oft diese *Mental Health* Bewegungen, die versuchen unter einem Begriff den Schirm über alle Bevölkerungsgruppen zu spannen. Dies ist für eine Positionierung der Organisation in der Mitte der Gesellschaft günstig und – im Sinne von Inclusion – ist hier zu fragen, ob es nicht eher nachteilig ist für eine Organisation, sich einseitig nur auf Menschen mit Behinderung zu beziehen. Das ist eine der Anregungen, die durch den ersten Besuch der Südafrikaner hier in Berlin aufgenommen wurden.

D. G.: *Sie haben bereits einige Punkte angesprochen, in welchen die Kooperationspartner von den Erfahrungen des anderen profitiert haben oder profitieren könnten. Gibt es weitere konkrete Beispiele für Ideen und Anregungen, die bisher entwickelt werden konnten?*

D. V.: Ja, da kann ich eine ganze Reihe von simplen Beispielen benennen. Ich habe eine südafrikanische Teilnehmerin des Austausches vor Augen, die bei CMHS eine Abteilung einer Werkstatt leitet. Ihre wesentliche Erkenntnis nach dem ersten Besuch war: „They can do it“. So hat sie es formuliert. Und die gravierende Änderung, die nach nur fünf Tagen nach dem Besuch in Deutschland in ihrer Werkstatt eingeführt wurde, war: Vorher sind die Werkstattmitarbeiter mit Behinderung immer bekocht worden und es wurde immer serviert. Jetzt beteiligen sie sich an der Festlegung des Speiseplans, am Kochen und natürlich beim Servieren des Essens.

D. G.: *Das heißt also konkret, dass den Menschen mit Behinderung bei CMHS durch den Austausch mit*

den deutschen Partnern mehr Kompetenzen zugeschrieben werden?

D. V.: Unsere südafrikanischen Partner waren erstaunt davon, was Menschen mit Behinderung hier zugebraucht wird und wie sie hier gefordert werden und das haben sie als eine wesentliche Botschaft mitgenommen. Das ist ja ein schrittweises, prozesshaftes Umdenken, das sich auch in Deutschland zum Teil erst noch vollziehen muss. Da lohnt es sich, sich aneinander zu reiben.

Ein zweites Beispiel: Als die südafrikanische Delegation hier in unsere Werkstätten kam, hatte sie den Eindruck von menschenleeren Hallen. Wie kann man so viele Quadratmeter für so wenig Menschen anmieten? In den Räumen, die Werkstätten hier zur Verfügung haben, hätten in Südafrika mindestens die doppelte wenn nicht die dreifache Anzahl von Personen gearbeitet. Bei uns ist jedoch durch die Werkstättenverordnung die Quadratmeterzahl genau festgelegt. Die CMHS hat natürlich auch ganz andere Maschinen in ihren Werkstätten drin stehen, das sind ganz andere Voraussetzungen. Aber da prallen wirklich sehr große Unterschiede aufeinander. Dahinter verbirgt sich zum einen der sehr geringe Technisierungsgrad der Werkstätten in Südafrika, zum anderen jedoch auch die Art der Beschäftigung, die für Menschen mit Behinderung dort – noch – gewählt wird. Im Moment gibt es einen zweiten größeren Prozess weg vom Kunsthandwerk, was ja auch bei uns in den Anfängen sehr typisch war; stärker hinein in Servicebereiche, also z.B. Wäscherei oder Gebäudereinigung. Das ist auch bei uns ein Prozess, der noch lange nicht abgeschlossen ist, da Servicebereiche Menschen mit Behinderung viel stärker in die Gesellschaft bringt als im geschlossenen Zimmer Kunstwerke herzustellen. Das ist auch etwas, was sich forciert hat.



Blick in eine CMHS-Werkstatt

D. G.: *Inwiefern sehen Sie den Austausch für die deutsche Seite als fruchtbar an?*

D. V.: In dem Bereich diskutierter und schriftlich festgelegter Prinzipien. Hier könnte meiner Einschätzung nach so mancher deutsche Träger noch einmal genauer hinsehen. Bei sexuellem Missbrauch z.B. sind interne Klärungsprozesse wesentlich. Dazu gibt es klare, fixierte Grundprinzipien und Vorgehensweisen bei CMHS. Sie müssen sich in einigen Punkten eine hohe Transparenz geben, um intern und extern glaubhaft zu sein und auch glaubhaft als Lobby auftreten zu können. Und Sexualität ist natürlich in Südafrika nochmal ein anderes Thema durch HIV/Aids.

Es gibt noch einen Punkt, nämlich die Finanzierungsmöglichkeiten durch Fundraising, für den ich in die deutsche Richtung den Ideenaustausch durchaus sehen kann. CMHS war bis zum Fall der Apartheid zu 80% staatlich finanziert, so wie die meisten unserer personalintensiven NGOs auch. Sie sind inzwischen bei einem Prozentsatz von 42% staatlicher Finanzierung, ohne direkte Kürzung der Mittel, einfach durch die Inflation, die dafür gesorgt hat, dass das stabile Budget immer weniger wert ist. Der Rest muss anders akquiriert werden. In dieser Beziehung können sich nichtstaatliche Organisationen hier in Deutschland noch vergleichsweise gelassen zurücklehnen. Aber vielleicht ist das so etwas wie ein Blick in die Zukunft, zumal der Finanzierungsdruck in Deutschland doch sehr stark zugenommen hat. Auch hier gibt es ja Überlegungen in diese Richtung: Wie können wir das Ehrenamt wieder aktivieren und stärken? Wie können wir Leistungen einbringen, die uns von der bisherigen Staatsfinanzierung etwas unabhängiger machen? Zu diesem Thema kann ich mir auch einen Austausch vorstellen, weil dazu in Südafrika mehr Erfahrungen bestehen. Das Konzept der Mikrofinanzierung für Projekte kommt aus afrikanischen Ländern.

D. G.: *Wie bezieht CMHS die betroffenen Menschen ein, insbesondere in Aspekte der Lobbyarbeit? Gibt es Mitsprachemöglichkeiten für Menschen mit Behinderung bei CMHS? Besteht eine Zusammenarbeit mit DPSA (Disabled People South Africa)?*

D. V.: CMHS hat ein Forum von Menschen mit Behinderung, das ähnlich wie z.B. der Lebenshilferat konsultative Funktion hat. Die Vertreter in diesem Forum sind aber nicht gewählt wie im Lebenshilferat, die wurden von der Geschäftsleitung und unter Mitsprache von Eltern ausgesucht. Das kann ich mir durchaus als pragmatisch-halbdemokratisch vorstellen, wer da ausgesucht wird. Es steht im Vordergrund, dass es

Leute sein müssen, die sich artikulieren können. Das ist kein offener Wahlprozess. So etwas wäre enorm aufwändig, also die Einführung in die Wahlprozedur, die Aufklärung was Wahl überhaupt ist, etc. Und so weit sind sie noch nicht. In der Regierungskommission zum *Employment Equity Act*, die ich erwähnt habe, sitzt auch ein Vertreter von DPSA. Dieser Vertreter wird im Laufe dieses Jahres mit nach Deutschland kommen, zumal das der Hauptverbindungspunkt von CMHS zur Regierungskommission ist.

D. G.: *Wie wird es mit dem Kooperationsprojekt weitergehen? Welches sind die derzeitigen Perspektiven?*

D. V.: Ich habe mit CMHS und nbw als ersten Schritt einen Kooperationsvertrag initiiert, eine Art Willensbekundung, um grob zu fixieren, was wir wollen und welche Unterschriften darunter stehen. Wenn ich wieder nach Kapstadt fahre, dann müssen wir jetzt auch über den nächsten Kooperationsvertrag sprechen, wenn es weitergehen soll. Ich muss auch mit den Berliner Partnern hier abklären, ob sie bereit sind, noch einmal zwei Jahre mitzumachen. Es wäre natürlich auch schön, die Kooperation auf eine besser finanzierte Ebene zu heben. Dann könnte man auch daran denken, höher qualifiziertes Personal auszutauschen. Aber dafür will die deutsche Seite schon genau wissen, wofür. Da gibt es schon noch Ungleichgewichte. Wenn man jetzt Personal für einen längeren Zeitraum nach Südafrika schicken würde, dann würde jeder Geschäftsführer natürlicherweise fragen: Was habt ihr jetzt davon genau? Und was haben wir davon? Der Wille ist durchaus da, auch eine bestimmte positive Einstellung zu dem Thema, aber der Kostenpunkt trennt schnell das Machbare von dem Wünschbaren.

D. G.: *Ist die Berliner Initiative ein Einzelprojekt oder steht sie im Austausch mit anderen deutsch – südafrikanischen Projekten?*

Ein bundesweiter Austausch besteht insbesondere über SAGE Net (*South African German Network*). In diesem Zusammenhang ist es allerdings der einzige Projektstrang, der Menschen mit Behinderung zum Schwerpunkt hat. Es gibt zwei weitere Projekte in diesem Rahmen, die sich mit Jugend und Arbeit befassen. Auch gibt es eine Abstimmung mit dem Bundesverband des Paritätischen, dass sich der Berliner Landesverband des Paritätischen sich diesen internationalen Schwerpunkt gesetzt hat.

D. G.: *Ich danke Ihnen für das Gespräch.*

Hintergrundinformation: CMHS wurde 1913 gegründet. Sie unterhält heute zwei Wohneinrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung, vier Tageszentren für Kinder und Jugendliche mit z.T. schwerer Behinderung sowie fünf Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Zudem gibt es für Erwachsene mit psychiatrischen Diagnosen ein offenes Angebot zur sozialen Rehabilitation und zur Vorbereitung auf ein neues Erwerbsleben sowie ein mobiles soziales Beratungsangebot bei drohender Arbeitslosigkeit und Hilfe zum Bezug staatlicher Beihilfe. Die Angebote sind gemeindeorientiert sowohl in Hinblick auf die Zielgruppen als auch auf die Mitarbeiter, die in der Regel aus dem direkten Wohnumfeld kommen. Bei anfänglichen gegenseitigen Kurzbesuchen durch Vertreter von CMHS und deutschen Mitarbeitern unterschiedlichster Organisationen wie der Lebenshilfe, der Nordberliner Werkgemeinschaft, dem Paritätischen Landesverband Berlin und dem Sozialverband VdK, konnte der Bereich Beschäftigung und Arbeit als Kooperations-schwerpunkt herausgearbeitet werden. Seit 2005 gibt es dazu bei ASA (Programm für Arbeits- und Studienaufenthalte im Ausland) angegliederte und von InWEnt geförderte Nord-Süd-Projekte.

Abstract: *Since 2002 there has been an active exchange between the Cape Mental Health Society (CMHS) in Cape town, South Africa and various organisations in Berlin involved in disability programmes, particularly the Nordberlin Werkgemeinschaft (nbw). This cooperation was initiated through the personal motivation and commitment of Donald Vogel, Head of the Coordination for the decentralised child and youth centres in Berlin. After four years of exchange the initiators and participants can look back to several significant developments: In 2003 and 2004 the first Exchange visits took place, which covered a broad spectrum of activi-*

ties. From these broad exchange the area of “employment and occupation for People with Disabilities”, became the central theme and subject of the subsequent contacts. Doris Gräber, member of the editorial group, speaks with Donald Vogel, the initiator of the cooperation.

Résumé: *Depuis 2002 a lieu un échange intensif entre le Cape Mental Health Society (CMHS) au Cap (Afrique du Sud) et différents acteurs dans le domaine du handicap à Berlin, en particulier la Nordberliner Werkgemeinschaft (nbw). Le démarrage de cette coopération revient à l’initiative de Donald Vogel, directeur de la coordination des consultations pour enfants et adolescents à Berlin. Après quatre ans, les initiateurs et les participants de ce projet d’échange peuvent se targuer d’importants développements. Après des visites réciproques dans les années 2003 et 2004 qui visaient au départ une vaste palette de thèmes, les aspect du travail et de l’emploi des personnes handicapées ont été définis comme thèmes principaux des prochaines rencontres. Doris Gräber, membre de la rédaction, a rencontré l’initiateur de ce projet de coopération, Donald Vogel.*

Resumen: *Desde el año 2002 existe un intercambio intensivo entre la “Cape Mental Health Society” (CMHS) y diferentes organizaciones del área rehabilitativa de Berlin, especialmente con la “Nordberliner Werkgemeinschaft” (nbw). Actualmente la cooperación se concentra en actividades del sector trabajo y empleo. En una entrevista, Doris Gräber, miembro de la redacción, habló con el iniciador del proyecto de cooperación, Donald Vogel.*

Anschrift: Donald Vogel, Diplom-Psychologe, Koordinationsstelle der Kinder und Jugendambulanzen/SBZ, Friedbergstraße 39, 14057 Berlin,
Tel. +49 (0)30-823 80 63
E-Mail: donald.vogel@vdk.de

Wandel durch Handel?! Einkommensförderung für Menschen mit Behinderung am Beispiel des Fairen Handels

Dominic Dinh

Die weltwirtschaftlichen Entwicklungen im Bereich der internationalen Handelsbeziehungen haben erhöhte gesellschaftliche Exklusionsrisiken für arme und behinderte Menschen in den Entwicklungsländern zur Folge. Der Faire Handel bietet benachteiligten Produzentengruppen dauerhafte Möglichkeiten zur Einkommensgenerierung und fördert zugleich sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungsprozesse. In einem Bildungs- und Informationsprojekt zum Thema *Fairer Handel und Behinderung* wurde öffentlichkeitswirksam verdeutlicht, wie Männer und Frauen mit Behinderung als Akteure in Fair-Handels-Projekten selbst zu einem *Wandel durch Handel* und einer nachhaltigen Entwicklung für alle beitragen.

Einleitung

Wandel durch Handel: Mit diesem oft gebrauchten Slogan werden sehr viele für globale Veränderungen relevante Fragen aufgeworfen: Es sind Fragen nach der Art und Weise des *Handels* einerseits sowie den Auswirkungen, Adressaten und Gestaltungsmöglichkeiten des *Wandels* andererseits. Neben ökonomischen Aspekten wie Wachstumsraten und anderen quantitativen Beobachtungsgrößen gibt es auch oft vernachlässigte Aspekte, wie z.B. die Herstellungsbedingungen der gehandelten Produkte und nicht zuletzt die Handelsregeln selbst. Solche Arten von qualitativen Dimensionen der internationalen Handelsbeziehungen sollten im Vordergrund nachhaltiger Entwicklungsprozesse stehen, denn die sozialen und ökologischen Auswirkungen der globalen Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungsprozesse sind gerade für die Entwicklungsländer besonders gravierend und insbesondere für die dort in Armut lebenden Bevölkerungsschichten. Und von diesen bilden die Menschen mit Behinderungen die wohl am meisten benachteiligte Gruppe, die sowohl in den Armutsbekämpfungsstrategien am ehesten übersehen als auch gleichzeitig von den negativen Auswirkungen nicht-nachhaltiger Entwicklungsprozesse am stärksten getroffen werden.

Negative Auswirkungen nicht-nachhaltiger Entwicklungsprozesse

Zu den globalen *nicht-nachhaltigen Trends* zählen z.B. der von Menschen verursachte Klimawandel, Umweltbelastung und die Zunahme von sozialer Ungleichheit und Armut in weiten Teilen der Bevölkerung. Die Einkommenspolarisierung verstärkt sich sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb einzelner Länder. In Armut lebende Menschen und darunter insbesondere die Menschen mit Behinderungen leiden vermehrt an einem *Integrationsdefizit*, was Arbeit, Un-

terkunft oder Erziehung und Bildung betreffen und sind besonders bzgl. der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einem erhöhten Exklusionsrisiko ausgesetzt. Exklusion wird hier verstanden als eine Extremform sozialer Ungleichheit, die eintritt, wenn „eine marginale Position am Arbeitsmarkt“, bis hin zur dauerhaften Erwerbslosigkeit, mit dem „Verlust sozialer Einbindung“ einhergeht.¹

Findet eine Teilhabe ärmerer Bevölkerungsgruppen am Erwerbsleben statt, so meist auf der Grundlage *prekärer Arbeitsverhältnisse* mit gesundheitsschädigenden Begleiterscheinungen, wie z.B. im Falle des extrem starken Pestizideinsatzes auf konventionellen Bananenplantagen. Solche Arbeitsbedingungen führen langfristig zu umweltbedingten Schädigungen, Beeinträchtigungen oder chronischen Erkrankungen auf Grund der unmittelbaren Intoxikationen.²

Objektive Ressourcen zur Bewältigung von Exklusionsrisiken sind ungleich verteilt. Besonders die in Armut lebenden Menschen mit Behinderungen in den Entwicklungsländern sind in wachsender Gefahr, dauerhaft zu den *Verlierern der Globalisierung* zu zählen, wenn die positiven Auswirkungen vom *Wandel durch Handel* sie nicht mit erfassen. Zusätzlich treffen die negativen Folgen die armen Länder besonders hart: Die handelsverzerrenden Exportsubventionen für Produktionsüberschüsse im Agrarbereich der reichen Länder tragen nicht zu einer an globaler Armutslinderung orientierten Wirtschaftsentwicklung bei, denn die Kleinbauern in den Entwicklungsländern können auf dem Markt nicht mit den subventionierten Produkten konkurrieren. Einkommensverluste und geringere Beschäftigungsmöglichkeiten sind die Auswirkungen niedrigerer Preise. Aber gerade der Agrarsektor spielt hinsichtlich der Entwicklungsprozesse und bei der Armutsbekämpfung eine wichtige Rolle. In den Entwicklungsländern leben bis zu 70% der Bevölkerung von der Landwirtschaft:

„Die Weltbank schätzte den potenziellen Einkommenszuwachs aller Entwicklungsländer bei einem Ab-

bau aller Agrarsubventionen auf rund 60 Mrd. US-\$ (also auf das Volumen der gesamten internationalen ODA), die 144 Mio. Menschen den Weg aus Armut ebneten könnten“³.

Betroffene Bauern sind demnach nicht nur benachteiligt, sondern ihre gesamte Existenz ist grundlegend bedroht. Von einer ‚nur‘ transitorischen Armut kann daher keine Rede sein; die Exportsubventionen sind festgeschrieben bis spätestens ins Jahr 2013. Auf lange Sicht wird für sie die Existenzsicherung zu einer kaum zu meisternden Aufgabe, wenn nachhaltige Arbeits- und Lebensperspektiven fehlen. Ungerechte Handelsregeln können so zu einer größeren Zahl der in Armut lebenden Menschen sowie der Menschen mit Behinderung beitragen, da der *Zusammenhang von Armut und Behinderung* einen Teufelskreis darstellt, dessen Auswirkungen in den Entwicklungsländern besonders gravierend sind.

Auf internationaler Ebene besteht die Gefahr, dass die Entwicklungsbedürfnisse der armen Länder unerfüllt bleiben, wenn die aktuellen Tendenzen in den internationalen Handelsabkommen besiegelt und dadurch die armen Länder weiterhin benachteiligt werden (vgl. die sog. „Doha-Entwicklungsrunde“⁴ der Welthandelsorganisation WTO). Die Verhandlungen wurden bereits 2001 aufgenommen mit dem fernen Ziel, die Entwicklungschancen der ärmeren Länder zu verbessern. Von weiterhin ungerechten Welthandelsregeln aber, die ohne hinreichend wirksame Ausnahmen und Schutzmaßnahmen auskommen, sind die Klein- und Subsistenzbauern und deren Familien in den Entwicklungsländern besonders betroffen. Armutsbedingungen, gerade in den ohnehin schon ärmeren ländlichen Gebieten, verschärfen sich im Zuge ungerechter Handelsabkommen, die unter Ausschluss vieler armer Länder ausgehandelt werden und vorrangig den reichen Ländern nützen.⁵ Eine differenziertere und gerechtere Handelspolitik ist nötig!

Fairer Handel als ein Weg zur Lösung

Fairer Handel hat als ein Ansatz zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in den letzten Jahren – unterstützt durch stärkere Kampagnenarbeit und steigende Umsätze – erfolgreich den Weg aus der Nische gefunden und an breiter öffentlicher Aufmerksamkeit dazu gewonnen.

„Fairer Handel ist eine Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebt. Durch bessere Handelsbedingungen und die Absicherung sozialer Rechte für benachteiligte ProduzentInnen und ArbeiterInnen – insbesondere in den Ländern

des Südens – leistet der Faire Handel einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung. Fair-Handels-Organisationen engagieren sich (gemeinsam mit VerbraucherInnen) für die Unterstützung der ProduzentInnen, die Bewusstseinsbildung sowie die Kampagnenarbeit zur Veränderung der Regeln und der Praxis des konventionellen Welthandels.“⁶

Der normative Ansatz für eine nachhaltige Entwicklung lautet in der Grundbedeutung, „dass den Bedürfnissen der heutigen Generation dergestalt Rechnung getragen werden sollte, dass die Fähigkeit künftiger Generationen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, nicht gefährdet wird.“⁷ Zukünftige Generationen sollen also weiterhin die *Wahl* haben können, wie sie ihr Leben gestalten wollen.

Wie sieht es nun mit den Wahlmöglichkeiten zur Lebensgestaltung unter den Bedingungen von Armut und Behinderung aus? Von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass Armut mehr bedeutet als Einkommensarmut, wenn sie die Erfahrung von Machtlosigkeit und den Ausschluss von Handlungsmöglichkeiten mit einschließt⁸. Also führen auch Bedingungen von Machtlosigkeit und daraus folgende eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten zu Entwicklungen, die alles andere als nachhaltig zu bezeichnen sind. *Empowerment* von besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen ist daher ein wichtiger Bestandteil nachhaltiger Entwicklungsprozesse.

Behinderung im Fairen Handel?!

Wie steht es um die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung im Fairen Handel? Wirken sich die besonderen Aspekte des Fairen Handels auch auf sie positiv aus? Ob beim *Empowerment* auch immer an die *Selbstbefähigung* von Menschen mit Behinderungen gedacht wird, kann bezweifelt werden, auch wenn sie formell in den Fair-Handels-Zielvereinbarungen internationaler Dachverbände zu der Gruppe der *disadvantaged groups* gezählt werden.

Der Faire Handel ist nur dann „fair und gerecht“, wenn er die gleichberechtigte Teilhabe aller benachteiligten Bevölkerungsgruppen, also auch behinderter Produzentinnen und Produzenten berücksichtigt und sicherstellt. Dazu muss, vor allem im Kontext der Armutsbekämpfung, dem Kriterium Behinderung bei der Auswahl benachteiligter Produzentengruppen eine viel größere Beachtung geschenkt werden als bisher. Menschen mit Behinderung und deren Organisationen müssen vor Ort gestärkt werden, damit sie der Kriterienüberprüfung Stand halten. Bei der Lobby- und Advocacyarbeit der IFAT⁹ in den Ländern des Südens gilt es also zu beachten, dass auch Behindertenorganisationen eine Rolle spielen und nicht von lokalen und re-

gionalen Foren, Gremien und Initiativen ausgeschlossen werden. Es müssen weitere Empfehlungen gegeben werden, wie Behindertenprojekte bei der Zertifizierung für den Fairen Handel gestärkt werden können sowie regionale Indikatoren entwickelt werden, die an die jeweiligen kulturellen Kontexte angepasst sind. Allgemeine Fair-Handels-Projekte sollten sich öffnen, indem sie auch Männern und Frauen mit Behinderung Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten. Sie sollten auch von den Gesundheits- und Schulprojekten profitieren können, die aus den Mehrerlösen des Fairen Handels initiiert werden.

Die internationale Dachorganisation der nationalen Siegelorganisationen *Fairtrade Labelling Organizations International* (FLO) bekennt sich in ihren *Generic Fairtrade Standards for Hired Labour* zu formeller Gleichbehandlung auch von Menschen mit Behinderung. Formale Absichtserklärungen bergen jedoch die Gefahr, dass diese Forderungen, schlechter als nichts sind*, da sie den Eindruck erwecken, Wesentliches sei bereits erreicht.¹⁰ Dahingegen wird der weiter unten erwähnte vom EU-Parlament angenommene aktuelle Bericht *Fairer Handel und Entwicklung* nicht einmal den Bezeichnungserfordernissen für Menschen mit Behinderung gerecht. Sie finden darin überhaupt keine explizite Erwähnung.

Aber auch wenn die bereits erwähnte FLO die formelle Gleichstellung und ein allgemeines Diskriminierungsverbots festschreibt, garantiert dies keineswegs die effektive Durchsetzung von Gleichstellung und Nicht-Diskriminierung. Die Ausrichtung der FLO-Leitlinien an den weltweiten Mindeststandards für Arbeitsbedingungen der Internationalen Arbeitsorganisation¹¹ (IAO) ist eine gute Grundlage für die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung. Auch die Welthandelsorganisation (WTO) verleiht diesen Kernarbeitsnormen ihre ausdrückliche Anerkennung. Es fehlt aber an nötigen Aktivitäten, die auf das spezielle Thema Behinderung im Fairen Handel aufmerksam machen und relevante Akteure sensibilisieren, damit die Ziele auch praktisch umgesetzt werden. Die FLO be ruht sich zwar auf die IAO-Kernarbeitsnormen wie dem allgemeinen IAO-Übereinkommen Nr.111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf¹² (vgl. Interview in diesem Heft mit dem FLO-Finanzdirektor Alfred Elbertse), richtet sich aber nicht nach dem spezifischen IAO-Übereinkommen Nr.159 über die berufliche Rehabilitation und die Beschäftigung der Behinderten¹³. Es wurde zudem nach einer wiederholten Nachfrage bestätigt, dass auch der IAO-Leitfaden (*ILO Code of Practice*) zum Management von Behinderung am Arbeitsplatz¹⁴ aus dem Jahr 2002 nicht zur Anwendung kommt!

Gleichwohl ist hier darauf hinzuweisen, dass nach wie vor in vielen Entwicklungsländern die Kernarbeitsnormen regelmäßig verletzt werden. Und das geschieht auch in den Ländern, die die IAO-Übereinkommen durch die erfolgte Ratifizierung bereits anerkannt haben und damit – zumindest formale – Verpflichtungen eingegangen sind. Ein differenzierteres und gerechteres Handelssystem könnte zumindest die Befürchtungen vieler Länder, dass ihnen auf Grund der Einhaltung der Kernarbeitsnormen Marktbenachteiligungen und ökonomische Verluste drohen könnten, effektiv entgegenwirken.

Fairer Handel in Europa

Nachdem bereits 1993 im EU-Parlament die erste Resolution zum Fairen Handel verabschiedet wurde, fordert nun das aktuelle EU-Parlament die für Handelsfragen zuständige Europäische Kommission dazu auf, eine Empfehlung über Leitlinien zum Fairen Handel zu entwickeln. Vorausgegangen war ein aktueller Bericht des grünen Europa-Abgeordneten Frithjof Schmidt mit dem Titel *Fairer Handel und Entwicklung*, der nach dem Entwicklungshilfesausschuss nun auch vom Europäischen Parlament am 06.Juli 2006 nahezu einstimmig angenommen wurde. Ein europäischer Politikrahmen für den Fairen Handel trägt u.a. zur Erfüllung der entwicklungspolitischen Verpflichtungen der Europäischen Union bei (vgl. Artikel 177 des EG-Vertrags). Die Europäische Kommission ist aufgefordert, den Fairen Handel als wirksames Mittel zur Verwirklichung der *Millenniumsentwicklungsziele* (MDGs) zu fördern und die wichtige Rolle von Fair-Handels-Organisationen anzuerkennen.¹⁵

Einem aktuellen Survey von Jean-Marie Krier¹⁶ zufolge, ist der Faire Handel einer der am „schnellsten wachsenden Märkte der Weltwirtschaft“. Krier weist nach, dass die Fair-Handels-Umsätze in Europa seit dem Jahr 2000 um durchschnittlich 20 % pro Jahr gestiegen sind und sich die Verkäufe fair gehandelter Produkte in Europa 2005 insgesamt auf 660 Millionen Euro beliefen.

Was der Faire Handel bewirkt

Der Faire Handel hat sich nicht nur hohen sozialen und ökologischen Standards in der Produktion und *fairen* Produktpreisen verschrieben, sondern – durch die Vorfinanzierung von Lieferungen – auch dauerhaft nachhaltigen, d.h. an Qualität orientierten Handelsbeziehungen. Er ist ein „entwicklungspolitisches Instrument *par excellence*“¹⁷, aber kein Ersatz für ein gerechteres Welthandelssystem. Dennoch könnte er eines Tages zu einem von vielen Bausteinen einer zukunftsfähigen Welthandelsordnung werden und damit

die etablierten Produktions- und Konsummuster ressourcen-leicht und naturverträglicher machen¹⁸. Der Faire Handel schafft durch seine Verlässlichkeit und Preisgarantien die nötigen Rahmenbedingungen zur Umstellung auf den kontrolliert biologischen Anbau. Derzeit beträgt der Anteil an Bioprodukten beim Wuppertaler *gepa Fair Handelshaus* ca. 60% - mit steigender Tendenz¹⁹.

Forschungen²⁰ auf der Grundlage von sog. Impactstudien (*impact assessment studies*)²¹ haben außerdem gezeigt, dass die Auswirkungen in *nichtwirtschaftlichen* Bereichen – wie dem Empowerment von Erzeugern durch Kapazitätsaufbau und technische Unterstützung, Sicherung der Einkommen, verbessertem Bildungsniveau, Kulturerhalt, Direktvertrieb und Bereitstellung von Krediten usw. – noch viel bedeutender sind.²² Fairer Handel bewirkt in den meisten Fällen also weit mehr als allein die Einkommensgenerierung und Existenzsicherung. Mittlerweile ist die Fair-Handels-Bewegung zu einer weltweiten sozialen Bewegung mit 3000 Basisorganisationen und ihren Dachverbänden angewachsen und fair gehandelte Produkte werden in zunehmendem Maße auch in Vertriebsstellen in Entwicklungsländern verkauft.

„Therefore the goal of Fair Trade is to work towards a more equitable trading environment and develop access to markets for poor people. It is not just about access to markets that makes people less poor, it is also about being empowered to make choices that mean that that market access is not exploitative“²³.

Aufmerksamkeit und Bewusstsein schaffen – ein Kooperationsprojekt zum Thema Fairer Handel und Menschen mit Behinderung

Die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung im Kontext des Fairen Handels sind bislang ein noch sehr unerforschtes Gebiet. Einen ersten Beitrag zu diesem Thema gab es 2003 von Julia Goebel und Johannes Lauber²⁴ in der Fachzeitschrift *Behinderung und Dritte Welt*. In diesem Zusammenhang sollen im Folgenden einige Aktivitäten des Vereins *Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.* (bezev) und der studentischen Arbeitsgruppe *Menschen in der Entwicklungszusammenarbeit* (AG Miez) der Universität Dortmund im Zuge des Kooperationsprojekts²⁵ *Fairer Handel und Behinderung* geschildert werden.

Ziele des Projekts

Mit dem Informations- und Bildungsprojekt der AG Miez und bezev sollte auf die vorhandenen Aktivitäten und Potenziale der aktiven Teilhabe von Men-

schen mit Behinderung im Fairen Handel aufmerksam gemacht werden. Ziel war ihre stärkere Berücksichtigung im Gesamtsystem des Fairen Handels vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Menschen mit Behinderung nach wie vor in der weltweiten Armutsbekämpfung nur eine marginale Rolle spielen.

Einem rein karitativen Blick auf die Beteiligung von Menschen mit Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit sollte entgegengewirkt werden. Zusätzlich sollten die Akteure im Bereich des Fairen Handels sensibilisiert und ermutigt werden, in Zukunft vermehrt auf die Teilhabe von Menschen mit Behinderung bei ihren Kooperationspartnern zu achten und Impulse für die Eröffnung von Beschäftigungsmöglichkeiten zu setzen.

Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland

Zu Beginn des Projekts wurden die wichtigsten deutschen Importorganisationen nach der Beteiligung von Menschen mit Behinderung bei ihren Kooperationspartnern befragt. In einem zweiten Schritt wurde mit der Untersuchung der Kooperationsprojekte begonnen, die explizit Menschen mit Behinderung beschäftigen. Dazu wurden schriftliche Fragebögen verschickt und Telefoninterviews geführt. Auf diesem Wege wurde der zentralen Frage nachgegangen, wie die Teilhabe von Männern und Frauen mit Behinderung im Fairen Handel verwirklicht wird. Als ein Ergebnis konnte bestätigt werden, dass das Thema Behinderung im Fairen Handel immer noch eine untergeordnete Rolle einnimmt. Im Verlauf der Untersuchungen konnten als Ergebnis intensiver Recherchen dennoch zahlreiche Aktivitäten gefunden werden, die ein gutes Beispiel für die gesellschaftliche und ökonomische Integration von Menschen mit Behinderung in Entwicklungsländern am Beispiel des Fairen Handels darstellen.

Broschüre *Fairer Handel und Behinderung – Aktivitäten und Potenziale*

Die Ergebnisse der vorherigen Aktivitäten konnten in einer 20-seitigen Broschüre zusammengefasst werden²⁶. Darin werden exemplarische Fair-Handels-Projekte ausführlicher vorgestellt und Ansätze für eine stärkere Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung diskutiert. Die Broschüre schließt ab mit einer ersten tabellarischen Übersicht der Fair-Handels-Projekte, die Menschen mit Behinderung entweder ausschließlich oder integrativ einbeziehen.

Neue Perspektiven am Messestand der REHACare

Auf der internationalen Fachmesse für Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf REHACare in

Düsseldorf (12.-15.10.05) wurde das Thema Fairer Handel und Behinderung in einem Informationsstand Fachkräften der Behindertenarbeit, Organisationen von und für Menschen mit Behinderung, sowie Betroffenen und Interessierten aus dem Bereich der Behindertenarbeit näher gebracht. Die Besucher konnten sowohl die Broschüre kostenlos mitnehmen und mit den Herausgebern diskutieren, als auch Produkte eines darin vorgestellten Projektes zusammen mit anderen fair gehandelten Produkten vor Ort kaufen.

Interessanterweise wurden damit auch Menschen mit Behinderung im Rahmen von Fair-Handels-Projekten nicht nur als Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Ausbilder thematisiert, sondern wurden direkt zu Interessenten und Kunden des Fairen Handels. Auf diese Weise wurden Menschen mit Behinderung und deren Organisationen selbst *neue Perspektiven* auf das Potenzial behinderter Menschen im Handel aufgezeigt.

Solche Aktivitäten können einen ersten Beitrag dazu leisten, dass sich auch Behindertenorganisationen in Deutschland selbst mehr und mehr dem Thema *Fairer Handel und Behinderung* zuwenden und selbst entwicklungspolitisch aktiv werden.

Vom Fairen Handel lernen

Auf der Bundesfachschaftstagung der Studierenden der Sonder- und Rehabilitationspädagogik in Dortmund (14.-15.01.06) führte die AG Miez einen Workshop zum Thema *Behinderung in der Einen Welt* durch. Im Workshop der AG Miez wurde mit den Studierenden ein Simulationsspiel zum weltweiten Kaffeehandel durchgeführt und auf Video aufgezeichnet. Die Teilnehmenden bereiteten sich in Textarbeit auf ihre jeweilige Rolle vor. Hintergrund war die erfolgreiche – von der AG Miez und der *attac-Campusgruppe Dortmund* durch Unterschriftenaktionen unterstützte – Einführung fair gehandelten Kaffees in allen Cafeterien und Mensen des Studentenwerks Dortmund²⁷. Vorträge, Diskussionen und Berichte zum Thema Fairer Handel/Eine Welt rundeten den Workshop ab, der in einer öffentlichen Präsentation in der Dortmunder Innenstadt gipfelte. Dort wurde interaktiv und öffentlichkeitswirksam auf die Thematik Behinderung und Fairer Handel/Eine Welt aufmerksam gemacht. Die Inhalte des Workshops tragen die Teilnehmenden als Multiplikatoren an ihre jeweilige Studierendenschaft weiter.

Thema Behinderung anerkannt auf Fair-Handels-Messe NRW und bundesweiter Fair-Handels-Messe in Stuttgart

Durch die Beteiligung an der ersten Fair-Handels-Messe in Nordrhein Westfalen (NRW) in Neuss vom

21.-22.10.05 mit einem Informationsstand konnten Fair-Handels-Organisationen, alternative Importorganisationen, Agenda-21-Gruppen und Engagierte aus den Weltläden für das Thema Behinderung sensibilisiert werden. AG Miez und bezev konnten zusätzlich durch persönliche Kontaktaufnahme und Befragungen bei den anwesenden Organisationen vor Ort, die Thematik bei einigen Organisationen erstmalig ansprechen und von Anderen einen Überblick über den aktuellen Stand vorhandener Aktivitäten gewinnen. Darüber hinaus wurde im Rahmenprogramm der Messe in einem öffentlichen Vortrag²⁸ Menschen mit Behinderung im Fairen Handel als aktive ArbeiterInnen und AusbilderInnen vorgestellt und damit das Thema als offizielles Teilgebiet des Fairen Handels in NRW anerkannt. Es ist ebenfalls eine Messebeteiligung auf der zweiten bundesweiten Fair-Handels-Messe in Stuttgart im Oktober 2006 in Vorbereitung.

Die Kooperation zwischen dem universitären²⁹ Bereich und dem NRO-Bereich stellt ein positives Beispiel für eine gelungene Umsetzung der bildungspolitischen Vorgabe im Sinne der aktuellen UN-Dekade *Bildung für nachhaltige Entwicklung* dar und erweitert die Projektpraxis³⁰ Globalen Lernens um das oft vernachlässigte Thema der Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung in der weltweiten Armutsbekämpfung.

„Die verschiedenen Handlungsdimensionen des Fairen Handels stellen in ihrer Unterschiedlichkeit, im Neben- und Nacheinander von Anschaulichkeit und Abstraktheit und in ihrer Vielfältigkeit hinsichtlich der Inhalte und der Handlungsformen Variationsofferten dar, die vielfältige Anschlussmöglichkeiten für unterschiedliche Lernende und für viele verschiedene Lernsituationen bieten.“³¹

Wandel durch Handel – einige Akteure vorgestellt

CCoDP: Central Council of Disabled Persons, Sri Lanka

Herr Marasinghe gründete 1983 mit 14 weiteren Menschen mit Behinderung den *Central Council of Disabled Persons* (CCoDP) im Distrikt Bandarawela in Sri Lanka. Die Organisation ist auf dem Gebiet



„Employment is the best tool to empower the disabled!“ (Raja S. Marasinghe, Geschäftsführer und Gründungsmitglied des CCoDP).

der Integration von Menschen mit Behinderung in Sri Lanka tätig und mittlerweile sogar im Ad-hoc Ausschuss der Vereinten Nationen akkreditiert, der an der UN-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen arbeitet. Seit 1993 ist sie am Fairen Handel beteiligt und damit großteils von Spenden unabhängig. Die Beteiligung am Fairen Handel bietet CCoDP langfristige Verbesserungen der wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten. 76% der Angestellten sind Menschen mit Körperbehinderungen, d.h. es wurden auch Arbeitsplätze für nicht-behinderte ArbeitnehmerInnen geschaffen. Das CCoDP hat es erfolgreich geschafft, Mitglied bei der *International Fair Trade Association* (IFAT) zu werden. Das IFAT-Logo können die Mitgliedsorganisationen führen, wenn sie erfolgreich am strengen IFAT-Monitoring-System teilgenommen haben. CCoDP muss gleichermaßen die Qualitätskriterien von fair gehandelten Produkten erfüllen. Für den Fairen Handel werden Kunsthandwerk, Spielzeug und Möbel hergestellt.

Bombolulu-Werkstätten in Kenia



Bombolulu-Werkstätten in Kenia © dwp eG

Die Bombolulu-Werkstätten wurden 1969 von der kenianischen Behindertenorganisation *Association for the Physically Disabled of Kenya* in der Nähe von Mombasa mit der Unterstützung der methodistischen Kirche Kenias und der Christoffel Blindenmission gegründet. Heute bietet Bombolulu ca. 250 Menschen die Möglichkeit, einer Beschäftigung nachzugehen oder eine Ausbildung im Bereich des Kunsthandwerks oder der Herstellung von Kleidung zu machen. Die in den Werkstätten produzierten Produkte werden teils im Laden des angegliederten Kulturzentrums verkauft, teils über Fair-Handels-Organisationen vertrieben. Jährlich bewerben sich ca. 400 Menschen, von denen jedoch nur zehn Prozent eingestellt werden können. Mit einem Basisgehalt von 45 US\$ deutlich über dem staatlichen Mindestlohn und einer Bezahlung nach

Stücklohn können die meisten Arbeiter ihr Einkommen langfristig und selbstständig sichern. Des Weiteren erhalten die Mitarbeiter eine freie Wohnmöglichkeit oder einen Mietzuschuss, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall und auch finanzielle Unterstützung im Falle einer medizinischen Behandlung. Die Ausbildungsabsolventen erhalten Unterstützung bei der beruflichen Integration in ihrer Heimatregion. Bombolulu ist ein langjähriger Partner der Fair-Handels-Organisationen *El PUENTE GmbH* und *dwp eG*, die ihrerseits ihre Produkte hauptsächlich über die Weltläden vertreiben.

Fazit

“Fair Trade teaches us that consumers are not condemned to be only bargain-hunters... Fair Trade reminds us that trade is about people, their livelihoods, their families, sometimes their *survival*.”³²

Ein sozial gerechter und ökologisch verträglicher *Wandel durch Handel* ist gemeinsam mit wirtschaftlichem Wachstum auch unter Einbeziehung behinderter Menschen mit dem Ziel der Armutslinderung möglich. Neben politischer Lobbyarbeit ist die gezielte Sensibilisierung aller beteiligten Akteure von großer Bedeutung für die praktische Umsetzung und effektive Durchsetzung solcher nachhaltigen Entwicklungsstrategien, die auch die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung zum Ziel haben. Es gibt mehr und mehr Beispiele für einen sowohl nachhaltigen als auch *inklusiven Wandel durch* und *Wandel im Handel*. Ein positiver Bewusstseinswandel verstärkt und verwirklicht zudem die bereits vorhandenen Aktivitäten und Potenziale!

Fairer Handel trägt durch seine Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung zur Stärkung ihres Selbstbewusstseins, zur Förderung ihrer sozialen Anerkennung und zur Einkommensförderung bei. Der Faire Handel ermöglicht aber weit aus mehr. Einkommensförderung ist ein Instrument von vielen, um das eigentliche Ziel, das Empowerment von Menschen mit Behinderung und ihre gesellschaftliche



Bombolulu-Werkstätten in Kenia © dwp eG

Integration zu erreichen.

Nur wenn neben der beruflich-sozialen auch eine politisch-institutionelle Teilhabe ermöglicht wird, können sie selbst zu Akteuren einer nachhaltigen Entwicklung werden. Vom Fairen Handel profitieren Menschen mit Behinderung nicht nur direkt als ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, sondern sie werden befähigt, nachhaltige Entwicklungsprozesse – auch für die Gesellschaft in der sie leben – selbstbestimmt zu planen und zu kontrollieren.

Anmerkungen

1. Vgl. KRONAUER, M.: Exklusion, Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt / New York, 2000, S.72
2. Vgl. SCHWINGE, M.: Behinderung und Ökologie. Artikel. In: Behinderung und Dritte Welt. Journal for Disability and International Development (3/2004), Essen, 2004, S.106ff.
3. NUSCHELER, F.: Entwicklungspolitik. Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 2005, S. 330
4. Vgl. STIEGLITZ, J./CHARLTON, A.: Fair Trade For All. How Trade Can Promote Development. Oxford: OUP, 2005, S.3ff.
5. Vgl. POLASKI, S.: Winners and Losers. Impact of the Doha Round on Developing Countries. Carnegie Endowment for International Peace: Washington DC, 2006, S.24ff. (<http://www.carnegieendowment.org/files/Winners.Losers.final2.pdf>)
6. FINE-Definition vom Dezember 2001. FINE ist der Zusammenschluss der vier größten internationalen Dachverbände FLO, IFAT, NEWS! und EFTA.
7. Erneuerte EU-Nachhaltigkeitsstrategie (vom 26.06.2006), S. 2 (http://www.nachhaltigkeit.at/monthly/2006-07/pdf/EU-SDS_final_version_2006_June26_de.PDF)
8. Vgl. STICHWEH, R.: Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie. Bielefeld, 2005, S.183f.
9. Vgl. IFAT-advocacy-handbook 2003 (*International Fair Trade Association*). (<http://www.ifat.org/downloads/advocacy/advochandbook2003.pdf>)
10. Vgl. STORZ, P.: Die Form gewahrt. Die Geschlechterthematik in den Zielerklärungen der Fair Handels- und Siegelorganisationen. In: Eine Welt Netz NRW (Hrsg.): Gender im Fairen Handel. Themenheft der Kampagne *Wir handeln fair. NRW*. Düsseldorf, 2003, S.41f.
11. Vgl. ILO: Eine Faire Globalisierung: Chancen für alle schaffen. Weltkommission zur sozialen Dimension der Globalisierung. Genf, 2004, S.100ff. (<http://www.ilo.org/public/english/wcsdg/docs/reportg.pdf>)
12. Dieses ist 1958 beschlossen, 1960 in Kraft gesetzt und mittlerweile von 165 Staaten ratifiziert worden. (<http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/gc111.htm>)
13. ILO Convention (No. 159) concerning Vocational Rehabilitation and Employment (Disabled Persons) (Geneva, 20 June 1983. Entry into force generally: 20 June 1985) (<http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/gc159.htm>)
14. ILO: Managing Disability at the Workplace. ILO Code of Practice. Geneva, 2002 (<http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/download/code.pdf>)
15. EP-Entwicklungsausschuss: Bericht über Fairen Handel und Entwicklung. Berichtersteller: Frithjof Schmidt, A6-0207/2006 endg., Straßburg-Brüssel, 2006 (Download unter: http://www.frithjof-schmidt.de/EU-Parlament_fuer_be.177.0.html)
16. Vgl. KRIER, J.-M.: Fair Trade in Europe 2005: Facts and Figures on Fair Trade in 25 European Countries. Fair Trade Advocacy Office: Brüssel, 2006 (<http://www.ifat.org/downloads/marketing/FairTradeinEurope2005.pdf>)
17. Vgl. SCHMITT, M.: Fairer Handel und Entwicklungspolitik: Neuer EP-Bericht gibt Richtung vor. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 07-08/Juli-August 2006 G 12185, S.2f.
18. Vgl. SACHS, W. u.a. in: Fair Future. Ein Report. Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit. Hrsg.: Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie. München, 2005, S. 10; 151
19. Vgl. WELT & HANDEL 7/2006. Infodienst für den Fairen Handel: „Bio&fair – eine Erfolgsstory. Weg zur Bewahrung der Schöpfung.“ S. 5
20. Vgl. z.B. NICHOLLS, A./OPAL, C.: Fair Trade. Market-driven Ethical Consumption. SAGE, 2005
21. Für einen aktuellen Überblick über die bisherigen internationalen Impaktstudien s. <http://www.european-fair-trade-association.org/Efta/Doc/Impact-studies-06-2006.pdf>
22. Siehe Anmerkung Nr.15, S.16
23. REDFERN, A./SNEDKER, P.: Creating Market Opportunities for Small Enterprises: Experiences of the Fair Trade Movement. ILO, Geneva, 2002, S.14f. (www.ilo.org/dyn/empent/docs/F1057768373/WP30-2002.pdf)
24. GOEBEL, J./LAUBER, J.: Fairer Handel und Behinderung – Die Kampagne Entwicklung ohne Ausgrenzung in Marburg. In: Behinderung und Dritte Welt – Journal for Disability and International Development (2/2003), Essen, 2003, S.83f.
25. AG MIEZ/BEZEV: Fairer Handel und Behinderung. Aktivitäten und Potenziale! Kooperation zwischen Verein und studentischer Arbeitsgruppe. Bericht. In: Welt & Handel 1/2006. Infodienst für den Fairen Handel, S.2f.
26. AG MIEZ/BEZEV (Hrsg.): Fairer Handel und Behinderung. Aktivitäten und Potenziale. Broschüre. Essen,

2005. Als Autorinnen und Autoren der Broschüre waren gemeinsam mit dem Verfasser des vorliegenden Beitrags die folgenden Mitglieder der AG Miez beteiligt: Janine Dorsch, Claudia Huck, Katharina Lenz, Konstanze Päßler, Annika Mattern, Dorothee Schmidt, Kathrin Schmidt und Stefan Wewel.
(<http://www.bezev.de/aktivitaeten/fairerhandel/docs/Broschuere.pdf>)
27. Dortmund ist zudem offizielle Bundeshauptstadt des Fairen Handels der Jahre 2003 und 2005. (<http://hauptstadt-handelt.de/>)
28. (http://www.bezev.de/aktivitaeten/fairerhandel/docs/Vortrag_FH_Messe22.10.05.pdf)
29. Vgl. BOECKMANN, T. u.a.: Zwischen Theorie und Praxis. Anregungen zur Gestaltung von Wissenschafts-Praxis-Kooperationen in der Nachhaltigkeitsforschung (Discussion paper Nr. 17/05). Zentrum für Technik und Gesellschaft. Berlin, 2005 (http://www.tu-berlin.de/ztg/pdf/Nr_17_AG_NH.pdf)
30. Zur Kritik der pädagogischen Praxis vgl. AUDITOR, M.: Wie elitär ist „Bildung für nachhaltige Entwicklung/Globales Lernen“? (Gesellschafts)kritische Fragen an die pädagogische Praxis, 2005 (www.publi.soluar.net/2005GLreflexion.pdf)
31. ASBRAND, B.: Keine Angst vor Komplexität. Das Konzept Globalen Lernens und der Faire Handel als Lernmodell. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 26 (ZEP) (2003) 2, S.12
32. (EU Trade Commissioner Peter Mandelson, PES Conference on Fair Trade, European Parliament, Brussels, 22 June 2005).

Abstract: *The World economic development in the area of International Trade Relations has the potential to raise the risk of exclusion level for poor and disabled persons in developing countries. The Fair Trade concept offers disadvantaged producers a long-term possibility for income generation and, at the same time, encourages the social and ecological sustainable development process. Within an "Awareness and Information project" with the theme "Fair Trade and Disability" it was possible to effectively raise public sensibility as to how men and women with disability*

participating in Fair-Trade-Projects, themselves experience "changing through trading" and contribute to sustainable development.

Résumé: *Les développements de l'économie mondiale dans le domaine des relations commerciales internationales portent un risque élevé d'exclusion pour les pauvres et les personnes handicapées dans les pays en développement. Le commerce équitable offre aux groupes de producteurs défavorisés des possibilités de générer des revenus à long terme et promeuvent en même temps des processus de développement social et écologique durables. Un projet d'éducation et d'information sur le thème „commerce équitable et handicap“ a montré au grand public comment des hommes et des femmes handicapés acteurs de projets de commerce équitable contribuent directement à un changement par l'action ainsi qu'à un développement durable.*

Resumen: *El desarrollo de la economía mundial contiene riesgos altos de exclusión para personas pobres y discapacitadas. El Mercado Justo ofrece para grupos de productores desventajados posibilidades de generar un ingreso adecuado, además apoya con sus principios económicos a procesos sociales y ecológicos sostenibles de desarrollo. En un proyecto de información al público sobre el tema "Mercado Justo y Discapacidad" fue presentado, como hombres y mujeres discapacitados pueden participar como actores activos del Mercado Justo.*

Autor: Dominic Dinh studiert *Rehabilitation und Pädagogik bei Behinderung* an der Universität Dortmund. Seit 2006 als Redaktionsassistent der *Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt* und Asien-Tutor im ASA-Programm (InWEnt) tätig. ASA-Aufenthalt 2004 in Vietnam. Seit 2005 ehrenamtlich als Schatzmeister bei *Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.* aktiv. Seit 2004 Mitglied des Studierendenparlaments und der *AG Menschen in der Entwicklungszusammenarbeit*. Seit 2000 nebenamtliche Tätigkeit als *Persönlicher Assistent*.

Anschrift: Dominic Dinh, Mallinckrodtstr. 52, 44145 Dortmund, E-Mail: domdinh@gmx.de

Fair Trade and Disability: Interview with Alfred Elbertse (FLO International)

Dominic Dinh

Alfred Elbertse, Finance Director of the Fairtrade Labelling Organization (FLO) International, responds to an enquiry about the theme of *Fair Trade and Disability*. The FLO is the international umbrella organisation of national labelling organisations in the area of Fair Trade.

Introduction

Fair Trade has proved to be an effective way in promoting sustainable development particularly by its positive impact on the socio-economic situation of producers and their local communities. Fair Trade in Europe is developing rapidly and sales in the EU Member States have been growing at an average 20% per year since 2000. Whereas more than one million disadvantaged producers and their families in developing countries increasingly benefit from Fair Trade, particular attention should now be paid to the role of people with disability and their chances for empowerment by Fair Trade within the context of poverty reduction. People with disability belong to one of the most disadvantaged groups. Do they also benefit from Fair Trade? What about disability issues within Fair Trade?

Dominic Dinh, assistant of this journal's editorial office, has made enquiries about these topics from various important Fair Trade organisations. Mr. Alfred Elbertse, Finance Director of FLO (*Fairtrade Labelling Organizations International*), has kindly responded to this enquiry by E-Mail.

Dominic Dinh: *Mr. Elbertse, do you think the equality of disabled and non-disabled people plays a significant role within the Fair Trade organisations, - projects or -policies?*

Alfred Elbertse: Fairtrade Labelling Organizations (FLO) International aims is to deliver the highest impact possible on disadvantaged producers and workers in developing countries. It ensures that all producers in the Fairtrade system receive a *living wage* and that their working rights are respected.

FLO seeks to support disadvantaged workers and producers, whether they are disabled or non-disabled, or whatever their sex, race, colour, religion etc. might be. The Fair Trade system has thus chosen to support all disadvantaged workers and producers equally and not focus exclusively on one or more groups.

In order to eliminate discrimination in the working space, both, FLO *Generic Standards for Small Farmers Organizations* and FLO *Generic Standards for Hired Labour*, follow ILO Conventions *III on ending discrimination of workers*. The Convention rejects "any distinction, exclusion or preference made on the basis of race, colour, sex, disability, religion, political opinion, national extraction or social origin, which has the effect of nullifying or impairing equality of opportunity or treatment in employment or occupation" (art.1).¹

For example, pregnancy, HIV and genetic tests to candidates by the FLO Certified organizations during recruitment are strictly prohibited. If this occurs, the producer organization will not be certified.

D. D.: *Are there any guidelines or documents highlighting the equality of disabled and non-disabled people? How do they come into practice?*

A. E.: On the minimum requirement of FLO *Generic Standards* – our main standard and the one all other standards are based upon – it states that:

No discrimination, particularly on the basis of race, colour, sex, sexual orientation, disability, marital status, age, religion, political opinion, union or workers' representatives bodies and Joint Body membership, national extraction or social origin in recruitment, promotion, access to training, remuneration, allocation of work, termination of employment, retirement or other activities.

FLO Generic Standards also have progress requirements:

Within one year of certification, the management puts in place a policy regarding staff/worker qualifications. In particular, the needs of disadvantaged and minority groups in the workforce should be addressed with training and other programmes.

FLO-Cert inspectors check on site to verify that the standards are being met by the organizations.

However, as we mentioned above, we don't have a specific requirement for each disadvantaged group, as for example disabled people.

D. D.: *Are there any regional indicators/standards on the agenda of the fair trade organisations? Are people with disabilities being involved in the discussions?*

A. E.: We don't have regional indicators, but we do have progress requirements that encourage producer organisations to continuously improve their standards and to invest in the welfare of their producers/workers including also paying special attention to disadvantaged – minority – groups and demonstrating efforts towards alleviating discrimination.

D. D.: *Are there any (current or former) specific activities concerning the improvement of the position of disabled people within the Fair Trade organisations?*

A. E.: We do not have specific activities targeting disabled people within Fairtrade organizations, however, as stated in FLO Generic Standards, producer organization management is responsible for improving the welfare of employees, insuring their rights are respected. This means that we do require that producer organizations actively improve the position of disadvantaged groups.

D. D.: *Do you know any lobbying activities?*

A. E.: Other organizations complement the Fair Trade system by targeting specifically disabled people. One of these organizations is HI (*Handicap International*). HI is currently developing a pilot project, with cashew nuts producers in Senegal, to assist disabled people in finding work through the creation of commercial opportunities.² This resulted in the development of a standard with specific requirements supporting the advancement of disabled people. The HI logo on the product guarantees customers that with their purchase, they are supporting the empowerment of disabled people in the developing world. FLO welcomes these initiatives as we believe they complement the Fair Trade system by addressing more specifically the needs of specific minority groups.

D. D.: *Can people with disabilities really benefit from Fair Trade?*

A. E.: Fair Trade Standards ensure producers and workers are not discriminated on the basis of race, colour, sexual orientation, religion, disability etc. Fair Trade thus guarantees a better deal to all workers and through its standards promotes the empowerment of

minority groups in developing countries.

D. D.: *Could you give some statements about the future? What has to be changed? What about your personal opinion?*

A. E.: The Fair Trade labelling system is still in its beginnings and is committed to further improve the position of disadvantaged producers and workers, including minority groups. Therefore, FLO is constantly reviewing very critically its standards to ensure a better deal is reached. We are constantly improving our measuring of the impact of our concepts and standards. By receiving better information on the impact of our concepts and standards, we can review whether our system indeed delivers the improvements as expected. From previous assessments, we know that we indeed are improving the livelihoods of disadvantaged producers and workers. We have organized that future assessments will also review whether or not we are actually improving the situation for minority groups as well. Based upon the outcomes of that assessment, we will decide whether or not we need to address the position of minority groups more actively.

D. D.: *Thank you very much!*

Background information

The international Fair Trade standards are developed and regularly reviewed and monitored independently. FLO, *Fairtrade Labelling Organizations International*, is the world-wide Fair Trade standard setting and certification body. FLO comprises two organizations, the multi-stakeholder FLO e.V. which develops and reviews standards, and FLO Certification Ltd which ensures that those standards are met. FLO also provides the umbrella association for twenty national labelling initiatives across 15 European countries, Japan, the USA, Canada, Mexico, Australia and New Zealand. The national labelling initiatives monitor the compliance with Fair Trade standards by producers or traders against a set of internationally harmonized standards. These organisations are all members of FLO.³

Notes

1. After a second enquiry Mr. Elbertse has answered by E-Mail that FLO would neither follow ILO Convention (No. 159) concerning Vocational Rehabilitation and Employment (*Disabled Persons*) nor ILO-Code of Practice: *Managing Disability at the Workplace*.

2. Cf. GAZAGNE, A.: Berufliche Eingliederung von Personen mit Behinderung in der umweltschonenden Cashewnuss-Verarbeitung in der Casamance, Senegal. In: Behinderung und Dritte Welt. Journal for Disability and International Development (3/2004), Essen, 2004, PP.126-129
3. Cf. EP-COMMITTEE ON DEVELOPMENT (2006): Report on Fair Trade and Development, Rapporteur: Frithjof Schmidt, A6-0207/2006, Strasbourg-Brussels (Source: <http://www.europarl.europa.eu>)

Zusammenfassung: Im schriftlich geführten Interview nimmt der Finanzdirektor von FLO International e.V., Alfred Elbertse, zum Themenkomplex „Fairer Handel und Behinderung“ Stellung. Fairtrade Labelling Organizations (FLO) International ist der internationale Dachverband der nationalen Gütesiegelorganisationen des Fairen Handels.

Résumé: Dans la présente interview écrite, le directeur financier de FLO International e.V., Alfred Elbertse, prend position sur le thème « Commerce équitable et handicap ». Fairtrade Labelling Organizations (FLO) International est le consortium international des organisations nationales octroyant les sigles de commerce équitable.

Resumen: En una encuesta por escrito, el Director de Finanzas de las “Fairtrade Labelling Organizations” (FLO), Alfred Elbertse, responde a preguntas sobre el tema “Mercado Justo y Discapacidad”. Bajo el techo del FLO se reúnen las diferentes organizaciones nacionales del movimiento del Mercado Justo.

Anschrift: Alfred Elbertse, Finance Director FLO International e. V., Bonnertalweg 177, 53129 Bonn
www.fairtrade.net

News

Handbuch: Making PRSP Inclusive

Menschen mit Behinderung und ihre Organisationen waren bisher selten am PRSP (*Poverty Reduction Strategy Paper*) Prozess beteiligt, obwohl die aktive Teilnahme der Zivilgesellschaft an der Formulierung, Umsetzung, Kontrolle und Evaluierung der Armutsbekämpfungsstrategien ein grundlegendes Prinzip des PRSP Ansatzes ist. *Handicap International* (HI) und die *Christoffel-Blindenmission* (CBM) haben nun ein Handbuch veröffentlicht, das die Erfahrungen des gemeinsamen Projektes *Armutsbekämpfungsstrategien (PRSP) und Behinderung* präsentiert, welches 2005 von der CBM und HI in Kooperation mit deutschen und tansanischen Organisationen der Behindertenarbeit durchgeführt wurde. Das Projekt bestand zum einen aus der Erstellung von Materialien zum Thema PRSP und Behinderung (durch HI) und zum anderem aus der Durchführung eines Workshops in Tansania (durch CBM) (siehe Bericht in *Behinderung und Dritte Welt* 3/2005).

Das Handbuch möchte Organisationen der Behindertenarbeit in den betroffenen Ländern sowie allen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit Anregungen geben, wie die Interessen und Rechte von Menschen mit Behinderung in PRSP-Prozesse integriert werden können. Aufgrund der Komplexität des Themas und der unterschiedlichen Problemstellungen in den verschiedenen Ländern, ist es in drei Teile gegliedert, die je nach Vorkenntnis und Situation modular genutzt werden können:

- Die Kapitel 1-4 geben einen allgemeinen, leicht verständlichen Überblick zum Themenkomplex.
- Die Kapitel 5A-5E geben detaillierte Informationen zu spezifischen Themen, wie z.B. Länderstudien, die Konzeption des PRSP-Ansatzes oder Organisations- und Planungsprozesse.
- Der dritte Teil ist eine Toolbox, die praxisnahe Methodikvorschläge macht, wie die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren im nationalen PRSP-Prozess koordiniert und moderiert werden kann.

Das Handbuch steht unter www.handicap-international.de/projekte/prs01.html in drei Sprachen (Englisch, Französisch und Portugiesisch) zum Herunterladen bereit. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an: Ursula Miller, E-Mail: umiller@handicap-international.de

Fußball ohne Grenzen ermöglicht Globales Lernen für Kinder mit Behinderung

Das bundesweit innovative Projekt *Fußball ohne Grenzen. Faires Spiel – Fairer Handel* ist entwickelt worden, um Globales Lernen auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderung zugänglich zu machen.

Es ist ein Projekt im Rahmen der UN-Dekade *Bildung für nachhaltige Entwicklung* und zielt darauf ab, auch Kinder und Jugendliche mit Behinderung zu zukünftigen Akteuren einer nachhaltigen Entwicklung werden zu lassen.

Zu diesem Zweck sind ein Lehrerhandbuch mit CD-Rom sowie Materialkiste entwickelt worden, die in der Förderschule sowie im Gemeinsamen Unterricht ab Sekundarstufe 1 eingesetzt werden können. Außerdem wird das Material für den Einsatz in den Klassen 5 und 6 der Regelschulen empfohlen.

Die Materialien sind für Kinder mit folgenden Förderschwerpunkten entwickelt worden: Sehen, Hören und Kommunikation, Lernen und geistige Entwicklung. Das Handbuch beinhaltet konkrete Unterrichtsvorschläge zu acht ausgewählten Themen rund um den Fußball und seine Herstellung. Die CD-Rom hält Fotos, Audiotexte, Texte in einfacher Sprache sowie in Braille ausdrückbar, Arbeitsblattvorlagen und flexible Elemente zur Gestaltung eigener Arbeitsblätter bereit, die den Lehrerinnen und Lehrern einen direkten Einstieg ermöglichen (Beispielseiten sind auf der Projektwebsite www.fussball-ohne-grenzen.org zu finden). Ergänzt werden diese Elemente durch eine Materialkiste, die z.B. blinden Kinder ermöglicht, den Weg des Balles auf einer Reliefkarte nachzufühlen oder Tagebucheinträge von Arbeitern in pakistanischen Fußballfabriken in Braille zu lesen.

Wenn sich LehrerInnen dennoch unsicher fühlen, das Thema im Unterricht anzugehen, so besteht die Möglichkeit, eine Lehrerfortbildung zu besuchen. Im Februar und März diesen Jahres haben bereits einige Lehrerfortbildungen stattgefunden. Bei entsprechender Nachfrage können noch weitere in NRW organisiert werden. Bitte melden Sie sich, falls Sie daran Interesse haben.

Des weiteren schlägt das Projekt eine Brücke zur INAS-FID-Fußballweltmeisterschaft der Menschen mit Behinderung, die vom 26.08.-17.09.2006 in Deutschland stattfinden wird. Neben vielen Infoständen zum Fairen Handel begleitend zu den WM-Spielen, wird am 15. September 2006 im Rahmen des Kleinen Endspiels in Essen die Preisverleihung des Schulwettbewerbs *Faires*

Spiel – Fairer Handel. Ideen für eine gerechte Zukunft stattfinden. Interessierte sind dazu herzlich eingeladen.

Weitere Informationen zum Projekt sind erhältlich im Internet und bei: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev)

Wintgenstr. 63, 45239 Essen

Tel.: 0201/40 87 745

Fax : 0201/40 87 748

Email: info@bezev.de

Internet: www.fussball-ohne-grenzen.org

Kinder in aller Welt fordern: Lehrer für alle! Globale Bildungskampagne appelliert an Bundesregierung, sich stärker für die Grundbildung in Entwicklungsländern einzusetzen

Schulkinder präsentierten am 6. Juli 2006 im Bundespräsidialamt in Berlin die Ergebnisse der diesjährigen Aktionswoche für Bildung. Sie riefen die Regierung auf, höhere Zuwendungen für die Grundbildung in Entwicklungsländern zu leisten. Über sechs Millionen Schüler und Lehrer in 112 Ländern hatten auf Initiative der Globalen Bildungskampagne im Unterricht über die Qualität von Bildung diskutiert und festgestellt: Die Welt wird das Ziel *Bildung für alle* nur mit mehr und besser ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern in den armen Ländern erreichen können.

Mit der Millenniumserklärung verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, allen Kindern bis 2015 eine unentgeltliche und gute Grundbildung zu ermöglichen. Obwohl seit der Unterzeichnung fast sechs Jahre vergangen sind, gibt es kaum Fortschritte bei der Umsetzung: Immer noch können mehr als 100 Millionen Kinder weltweit nicht zur Schule gehen. Dies liegt auch daran, dass zu wenige Lehrer ausgebildet werden und schlechte Arbeitsbedingungen den Lehrer-Beruf unattraktiv machen. Die Vereinten Nationen schätzen, dass mindestens 15 Millionen Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich benötigt werden, um das Millenniumsziel universaler Grundbildung bis 2015 zu verwirklichen.

Die Aktionswoche für Bildung findet seit 1999 einmal jährlich statt und wird von der Globalen Bildungskampagne (*Global Campaign for Education*) organisiert. Diesem Bündnis gehören Hilfsorganisationen, Lehrervereinigungen, Bildungsgewerkschaften und zivilgesellschaftliche Netzwerke in über 150 Ländern an. Eines ihrer Ziele ist es, eine kostenlose und gute Grundbildung für alle Kinder zu erreichen. In Deutschland engagieren sich Aktion Weißes Friedensband, CARE, Gewerkschaft

Erziehung und Wissenschaft, Kindernothilfe, Oxfam, Plan, World Vision und World University Service gemeinsam in der Kampagne.

Kontakt:

Iris Manner, World Vision Deutschland, Tel. 06172/763 - 153, info@worldvision.de

Jens Raygrotzki, Plan Deutschland, Tel. 040/611 40 - 206, schule@plan-international.org

Nina Ingenkamp, Oxfam Deutschland, Tel. 030/42850621, info1@oxfam.de

Internet: www.bildungskampagne.org

HIV/Aids Seminare für junge Freiwillige

Für junge Freiwillige, die sich auf eine Mitarbeit in Aidsprojekten im Rahmen eines Freiwilligendienstes vorbereiten bietet das Deutsche *Institut für Ärztliche Mission* (Difäm) am 21. Juli und 13. Oktober 2006 eintägige Kurse zu folgenden Themenbereichen an:

Übertragungswege – welche gibt es?

- Armut und HIV/Aids – welche Zusammenhänge bestehen?
- Wirksame Behandlung – Gibt es diese nur für die Reichen?
- Postexpositionsprophylaxe: Welche Medikamente, wie und wann?
- Effektive Präventionsmaßnahmen – wie können diese aussehen?
- *Das Schweigen brechen* – eine globale Herausforderung.

Die Seminare finden beim Difäm in Tübingen statt und kosten 35 Euro.

Weitere Informationen: Difäm, Gabi Hettler, Tel.: 07071-206-538, www.difaem.de

Nachweise International sollen Jugendlichen Vorteile beim Berufseinstieg bringen

Jugendliche, die sich in internationalen Projekten engagieren, erwerben interkulturelle, soziale und sprachliche Kompetenzen, die sie für den besseren Einstieg in den Beruf nutzen können. Um diese Leistungen sichtbar zu machen und zu deren Anerkennung beizutragen hat das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* gemeinsam mit Trägern der internationalen Jugendarbeit und koordiniert durch den *Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland* (IJAB) e.V. die *Nachweise International* entwickelt - die am 30. Mai in Berlin der Öffentlichkeit

vorgestellt wurden. „In einer zunehmend globalisierten Welt sind internationale Projekte eine wertvolle Erfahrung für jeden jungen Menschen. Soziales Talent und interkulturelle Vielfalt tut Deutschland gut! Ihre Wertschätzung und Einbeziehung in unser Handeln und Denken befördern Demokratie, Toleranz und Innovation. Durch die *Nachweise International* haben diese engagierten Jugendlichen bei einer späteren Berufsbewerbung die Möglichkeit, sich noch gezielter zu profilieren“, sagte Staatssekretär Gerd Hoofe bei der Auftaktveranstaltung. „Personalchefs erhalten durch die Zertifikate ein detailliertes Bild von den Fähigkeiten und Schlüsselkompetenzen der Jugendlichen.“ Diese Art des nicht-formalen Lernens bereichert den Einzelnen, aber vor allem auch unsere Gesellschaft durch Weltoffenheit, Internationalität und den Nutzen interkultureller Schätze.

Weitere Informationen: www.open-the-world.net

Diploma/Masters Degree in Special and Inclusive Education

The programme provides students with the opportunity to engage critically with theory, research and practice in the field of special and inclusive education. The programme deliberately sets out to explore a range of different perspectives. Students have the opportunities to ob-

serve school practice and to carry out their own research projects in schools. In this way the programme addresses global issues of inclusion, while at the same time enabling students to engage with, and study, the ways in which governments, local authorities, schools and local communities can reduce barriers to participation and learning for all children. The aims of the programme are to: develop critical skills in the evaluation and analysis of current research, theory and practice in special and inclusive education; foster an ethos of independent and collaborative learning and research. Students must have: a university degree (or equivalent) from a recognised institution; experience of working in education (preferable); for non-native speakers of English, an IELTS score of 7 with not less than 7 in the writing component or TOEFL score of 250 (Computer-based) with Essay Rating of 4.5 or 600 (Paper-based) with a TWE of 4.5; satisfactory clearance from the UK Criminal Records Bureau. Registration: Annually in late September/Duration: Full time: one year. Part time: 2-5 years/Programme Coordinator: Susie Miles/Application can be made on-line at: <http://www.education.manchester.ac.uk/postgraduatestudents/taughtprogrammes/courseunit,19158,en.htm> or can be requested from: pg-admissions@manchester.ac.uk or Tel: +44 (0) 161 275 4740

Literatur & Medien

Handicap International (HI)/Christoffel-Blindenmission (CBM)

Disability in Development. Experiences in Inclusive Practices

Neu-Delhi, 2006

ISBN: 2-909064-72-7

International Bewusstsein schaffen dafür, dass es wichtig ist, das Thema Behinderung in alle Bereiche der internationalen Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen, das ist das Ziel einer neuen Publikation, die von CBM und Handicap International gefördert worden ist.

Das CAHD-Büro (*Community Approaches to Handicap in Development*) in Neu-Delhi/Indien hat die Broschüre *Disability in Development. Experiences in Inclusive Practices* erstellt. Sie umfasst die praktischen Erfahrungen aus sieben Pilotprojekten, die CAHD in Bangladesch, Nepal, Indien und den Philippinen anwenden. Die Projekte werden von CBM und HI unterstützt und von Partnerorganisationen in den Ländern umgesetzt. Das Ziel der neuen Veröffentlichung ist, erfolgreiche Projektbeispiele darzustellen, bei denen das Thema Behinderung einbezogen wurde und die positiven Auswirkungen auf die Lebensqualität zu diskutieren. Menschen mit Behinderungen, ihre Familien und die lokalen Gemeinden waren aktiv in die Gestaltung und Umsetzung der Projekte einbezogen.

Die Publikation enthält drei Teile: Der erste Abschnitt mit dem Titel *Mainstreaming Disability* gibt einen Überblick über das Thema Behinderung und die Situation von Menschen mit Behinderungen in Asien. Die CAHD wird als Initiative dargestellt, die im Jahr 1996 in Bangladesch gegründet wurde, um die Einbeziehung von Behinderung als Querschnittsthema und den sozialen Wandel zu beschleunigen. Der zweite Teil unter dem Titel *Successful Inclusive Practices* liefert Beispiele zu bestimmten Aspekten der CAHD-Methoden und ihrer Umsetzung, zum Beispiel, dazu das Thema Behinderung in die Politiken der Entwicklungshilfeorganisationen und Regierungen einzubeziehen oder eine kinderfreundliche Umgebung auch für behinderte Kinder zu gestalten. Der dritte Teil zum Thema *Promoting Inclusion for All* stellt Praxiserfahrungen dar und empfiehlt Anwendern in Organisationen und anderen Interessierten, wie sie das Thema Behinderung berücksichtigen können.

Bezug: Christoffel-Blindenmission e.V., Nibelungenstrasse 124, 64625 Bensheim, Tel.: + 49 (0) 6251-131 202, Fax: + 49 (0) 6251-131 249, www.cbm.org

Download: http://www.cbm.org/de/general/downloads/23943/CAHD_-_Disability_in_Development_-_Experiences_in_Inclusive_Practices_-_full_document.pdf

Dutch Coalition on Disability and Development (DCDD)
All equal, all different. Inclusive education: a DCDD publication about Education for All.

April, 2006

DCDD publishes a new brochure in its publication series about integrating disability in policy and practice *Towards an inclusive policy*. This brochure argues that inclusive education is feasible in developing countries. It offers development organisations a guideline for educational policies that realise optimum participation in regular education for all children, including children with disabilities.

Bezug: Dutch Coalition on Disability and Development (DCDD), P.O. Box 13054, 3507 LB Utrecht, The Netherlands, E-Mail: dcdd@dcdd.nl

Download unter: www.dcdd.nl?2924

Dube, A. K./Charowa, Gladys

Are Disabled Peoples' Voices from both South and North Being Heard in the Development Process?

Juni, 2005

A Comparative analysis between the situation in South Africa, Zimbabwe, United Kingdom and Northern Europe.

Bezug: Disability Knowledge and Research programme (Disability KaR), Mark Harrison, m.harrison@uea.ac.uk, Overseas Development Group, University of East Anglia, Norwich NR4 7TJ, United Kingdom, Tel +44 (0) 1603 457880, Fax +44 (0) 1603 591170

Download: http://www.disabilitykar.net/docs/thematic_voices.doc

United Nations

The Millennium Development Goals Report 2006

New York, Juli 2006

The report presents the latest assessment on how far we have come, and how far we have to go in reaching the goals, in each of the world's regions. With less than a decade left to meet the MDG targets, the United Nations said that there were *staggering* obstacles to succeeding and conditions in many poor countries were actually worsening. The report found that while global incidence of extreme poverty has declined, some 140 million more people have entered that category in sub-Saharan Africa. More people are also going hungry in the region, which has seen only modest improvements in child mortality and maternity rates in the past six years. The report noted some improvement in access to primary education and other areas.

MDGs 2006 Progress Chart:

Most of the targets set for progress on the Millennium Development Goals are benchmarked for the period 1990 to 2015 – promising clear and measurable improvement on standards prevailing in 1990 by the end of 2015. The chart shows progress up to June 2006, drawing on the latest information from all countries of the world and from the UN family of operational agencies.

Bezug: Development Indicators Unit, Statistics Division, United Nations, New York, NY 10017, USA, Fax: +1 (212) 963 4116, E-Mail: statistics@un.org
Kostenfreier Download unter: <http://mdgs.un.org> (UN Statistics Division Millennium Development Goals website)

*Mental Disability Rights International (MDRI)***Hidden Suffering: Romania's Segregation and Abuse of Infants and Children with Disabilities**

2006

Hidden Suffering: Romania's Segregation & Abuse of Infants and Children with Disabilities is the product of an 18-month investigation by *Mental Disability Rights International (MDRI)* into the human rights abuses of children with disabilities in Romania. This report documents a broad range of atrocious conditions for children with disabilities inside Romania's institutions. While Romania has reduced its orphanage population and created foster care placements for many children, the reforms have left behind children with disabilities. This report documents serious human rights violations against children with disabilities in an institution for babies and in adult facilities.

Download: <http://www.mdri.org/projects/romania/romania-May%209%20final.pdf>

Bezug: Mental Disability Rights International, 1156 15th Street NW, Suite 1001, Washington, DC 20005, USA, Tel: +1 202 296 0800, Fax: +1 202 728 3053
E-Mail: mdri@mdri.org, www.mdri.org

*Mental Disability Rights International (MDRI)***Behind Closed Doors: Human Rights Abuses in the Psychiatric Facilities, Orphanages and Rehabilitation Centres of Turkey**

Istanbul, September 2005

Behind Closed Doors describes the findings of a two-year investigation in Turkey by MDRI and exposes the human rights abuses perpetrated against children and adults with mental disabilities. Locked away and out of public view, people with psychiatric disorders as well as people with intellectual disabilities, such as mental retardation, are subjected to treatment practices that are tanta-

mount to torture. Inhuman and degrading conditions of confinement are widespread throughout the Turkish mental health system. This report documents Turkey's violations of the *European Convention for the Prevention of Torture (ECPT)*, the *European Convention on Human Rights (ECHR)*, the *UN Convention on the Rights of the Child (CRC)* and other internationally accepted human rights and disability rights standards. This report is available in English and Turkish.

Download: <http://www.mdri.org/projects/turkey/turkey%20final%209-26-05.pdf>

Bezug: Mental Disability Rights International

*Mental Disability Rights International (MDRI)/Asociación Pro Derechos Humanos (APRODEH)***Human Rights & Mental Health in Peru**

Lima, September 2004

Human Rights & Mental Health in Peru present the findings of a joint investigatory mission of MDRI and the APRODEH in October 2002 and February 2003 on the human rights of people with mental disabilities in Peru. During these investigations, the research teams met with a broad array of non-governmental advocacy groups, including human rights organizations, mental disability rights groups, family organizations, the Association of Psychiatrists, communities displaced by political violence, and government representatives. Investigation teams also visited facilities for people with psychiatric and developmental disabilities, a prison ward, the psychiatric units in a social security and a police hospital, and general health services in a rural community. This report assesses Peru's compliance with national and international standards for the treatment of persons with mental disabilities, highlights successful community-integrated programs in Peru, and provides recommendations for reform of mental health and social service systems.

Download: <http://www.mdri.org/pdf/Peru%20Report%20-%20Eng%20-%20Final.pdf>

Bezug: Mental Disability Rights International oder Asociación Pro Derechos Humanos (APRODEH).

Email: postmaster@aprodeh.org.pe
www.aprodeh.org.pe

*Friedrich Albrecht/Alois Bürli/Andrea Erdélyi (Hrsg.)***Internationale und vergleichende Heil- und Sonderpädagogik. Aktuelle Diskussionen, Ergebnisse und Herausforderungen**

Bad Heilbrunn, 2006

ISBN: 3-7815-1467-6

In Zeiten der Globalisierung und Europäisierung wird

der wissenschaftliche *Blick über den eigenen Tellerrand* auch für die Heil- und Sonderpädagogik immer bedeutender. Es ist unverkennbar, dass es mittlerweile eine Vielzahl an Forschungs-, Kooperations- und Entwicklungsaktivitäten im Fachgebiet gibt, die diesem Trend Rechnung tragen.

Festzuhalten ist aber auch, dass bisher relativ wenige Auseinandersetzungen über grundsätzliche disziplinäre Fragen geführt wurden, und dass Sammelbände, die den aktuellen Diskussions- und Erkenntnisstand zusammen tragen, rar gesät sind. Der vorliegende Band will einen ersten Schritt zum Schließen dieser Lücke leisten. Er gliedert sich in drei Kapitel.

Im ersten Kapitel *Wissenschaftlich-methodologische*

Fragen geht es um grundlegende Diskussionen zum Stand der Subdisziplin, um erkenntnistheoretische, methodologische und auch normative Fragen.

Im zweiten Kapitel *Thematische Aspekte internationaler und vergleichender Heil- und Sonderpädagogik* werden Gegenstandsfragen in das Zentrum gerückt.

Das dritte Kapitel *Vergleichende Studien und länderspezifische Darstellungen* gibt einen Einblick in aktuelle Forschungsbezüge (aus dem Klappentext).

Bezug: Julius Klinkhardt Verlagsbuchhandlung, Ramsauer Weg 5, D- 83670 Bad Heilbrunn, Telefon: 08046-9304, Fax: 08046-9306, E-Mail: info@klinkhardt.de

<p>Kinder stärken</p> <p>Pate werden</p> <p>Mit 31 EURO im Monat.</p> <p>Rufen Sie uns an! 0180 - 33 33 300 (9 Cent/Min)</p> <p>KINDER NOT HILFE</p>   <p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Foto: Jens Grottelmann</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/> Ja, ich werde jetzt Pate!</p> <p>Schicken Sie mit bitte unverbindlich einen Vorschlag für eine Patenschaft.</p> <p>..... Name, Vorname</p> <p>..... Straße</p> <p>..... PLZ, Ort</p> <p>Coupon noch heute zurücksenden an:</p> <p>Kindernothilfe e.V. Düsseldorfer Landstraße 180 47249 Duisburg www.kindernothilfe.de</p> <p></p>
--	---

VERANSTALTUNGEN

- 06.10. - 07.10.2006 Final conference on Mainstreaming Mental Disability Policies (Brussels).
Information: Mr. Gengoux Gomez: self-advocacy@inclusion-europe.org, www.inclusion-europe.org
- 27.10. - 29.10.2006 Seminar für RückkehrerInnen: Entwicklungszusammenarbeit als soziale Aufgabe und praktische Erfahrung (APS) – Teil III
 in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte in Würzburg
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V., Wintgenstraße 63, 45239 Essen, Tel.: +49 (0)201-408 77 45, E-Mail: info@bezev.de, www.bezev.de
- 29.10. - 02.11.2006 Combating disease and promoting health (Cairo, Egypt)
Information: Global Forum for Health Research 10:
http://www.globalforumhealth.org/Site/004__Annual%20meeting/001__Forum%2010/003__Registration.php
- 30.10 - 02.11.2006 The 2nd World Congress on Autism: Autism Safari – Exploring New Territories (Cape Town, South Africa).
 Veranstalter: World Autism Organisation and Autism South Africa in association with SBS Conferences.
Information: Jill Stacey, National Director, Autism South Africa, P.O. Box 84209, Greenside. 2034, Fax: +27 11 486 2619,
 Internet: www.sbs.co.za/autism2006/Autism2006_2nd-call-3.pdf
- 07.11. - 10.11.2006 Inclusion International World Congress (XIV). Building an Inclusive Future: a challenge for globalization (Acapulco, Mexico).
Information: www.inclusion-ia.org
- 03.12. - 10.12.2007 'Disability & Development' week
 Veranstalter: Dutch Coalition on Disability and Development (DCDD)
Information: <http://www.dccd.nl/default.asp?action=article&id=2978>
- Feb. 2007: 4-week International Course in Management of Disability and Rehabilitation
Information: Huib Cornielje: h.cornielje@enablement.nl, www.enablement.nl
- 23.02. - 25.02.2007 Entwicklungszusammenarbeit als soziale Aufgabe und praktische Erfahrung (APS) – Teil I. Einführungsseminar zur Vorbereitung von Arbeits-, Praktikums- und Studienaufenthalten in Afrika, Asien und Lateinamerika
 in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte in Würzburg.
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (www.bezev.de)
- 05.03. - 16.03.2007 Rehabilitation and Prevention of Disability (RPOD) course (Nepal)
 19.03. - 30.03.2007 Course in Community Based Rehabilitation (CBR) (Nepal)
Information: Programme Coordinator, Mr. Gopal Gurung, BIKASH Training Centre, Green Pastures Complex, P.O. Box 28, Pokhara – 33701, Nepal, Tel.: +977 61 430562, Fax: +977 61 430940, E-Mail: bikash_training@wlink.com.np

Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt Journal for Disability and International Development

Behinderung und Dritte Welt ist die Zeitschrift des Forums Behinderung und Internationale Entwicklung. Sie erscheint seit 1990 dreimal jährlich in einer Auflage von 850 Exemplaren und wendet sich v.a. an deutschsprachige Interessierte im In- und Ausland.

Vor allem dank der Unterstützung der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., Kindernothilfe, Misereor und Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. erreicht sie viele WissenschaftlerInnen, Fachleute und sonstige Interessierte in allen Kontinenten.

Ihr Anspruch ist einerseits, ein Medium für einen grenzüberschreitenden Informationsaustausch zur Thematik darzustellen und andererseits, die fachliche Diskussion zu pädagogischen, sozial- und entwick-

lungspolitischen sowie interkulturellen Fragen im Zusammenhang mit Behinderung in Entwicklungsländern weiterzuentwickeln.

Die Redaktion und der sie unterstützende Fachbeirat sind insbesondere darum bemüht, Fachleute aus allen Teilen dieser Erde hierfür zu gewinnen und einzubinden. Publikationssprachen sind Deutsch und Englisch; Beiträge in Französisch, Spanisch oder Portugiesisch werden nach Möglichkeit übersetzt. Das Profil der Zeitschrift zeichnet sich durch jeweils ein Schwerpunktthema pro Ausgabe sowie einen Informationsteil aus. Die Ausgaben der Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt sind auch im Internet abrufbar unter: www.zbdw.de.

Dem Fachbeirat der Zeitschrift gehören an:

Prof. Dr. Friedrich Albrecht, Görlitz
Dr. Niels-Jens Albrecht, Hamburg
Musa Al Munaizel, Amman/Jordanien
Prof. Dr. Mawutor Avoke, Winneba/Ghana
Beate Böhnke, Belem/Brasilien

Simon Bridger, Thalwil/Schweiz
Dr. Windyz Ferreira, Joao Pessoa/Brasilien
Geert Freyhoff, Brüssel/Belgien
Ernst Hisch, Würzburg
Francois de Keersmaecker, München
Dr. Andreas König, Addis Abeba/Äthiopien
Prof. Dr. Narayan Pati, Bhubaneswar/Indien

Schwerpunktthemen kommender Ausgaben der Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt

- 3 / 2006** Regionale Perspektiven der Behindertenarbeit – Arabische Welt (verantwortlich: Susanne Arbeiter/Mirella Schwinge)
1 / 2007 Mitwirkungsmöglichkeiten von Selbstorganisationen (verantwortlich: Gabriele Weigt)
2 / 2007 Information und Behinderung (verantwortlich: Stefan Lorenkowski)

Interessierte Autorinnen und Autoren werden aufgefordert, nach vorheriger Rücksprache mit der Redaktion hierzu Beiträge einzureichen. Darüber hinaus sind Vorschläge für weitere Schwerpunktthemen willkommen.

	Ausgabe 3/2006	Ausgabe 1/2007	Ausgabe 2/2007
Hauptbeiträge	1. Oktober 2006	1. Dezember 2006	15. Februar 2007
Kurzbeiträge	15. Oktober 2006	1. Januar 2007	15. März 2007

Liebe Leserinnen und Leser,
bitte informieren Sie uns über eine eventuelle Adressenänderung oder wenn Sie die Zeitschrift nicht mehr beziehen möchten. Geben Sie uns bitte ebenso Bescheid, falls Ihnen die Zeitschrift nicht zugestellt worden ist.

Forum Behinderung und Internationale Entwicklung

Das *Forum Behinderung und Internationale Entwicklung* ist ein Ort für Einzelpersonen und Organisationen, die sich wissenschaftlich und/oder praktisch mit dem Thema Behinderung in Entwicklungsländern auseinandersetzen. Beteiligte des Forums können daher sein: Fachkräfte aus dem entwicklungspolitischen und behinderungsspezifischen Kontext, an der Thematik interessierte Einzelpersonen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, andere involvierte Institutionen/Organisationen sowie Hochschulen.

Das Forum will die wissenschaftliche und praxisorientierte Auseinandersetzung mit der Thematik unterstützen. Das Forum gibt außerdem die *Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt. Journal for Disability and International Development* heraus, organisiert bei Bedarf gemeinsame Veranstaltungen und möchte die Vernetzung der am Forum Beteiligten fördern.

Kontakt:

Forum Behinderung und Internationale Entwicklung
c/o Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev)
Wintgenstr. 63, D-45239 Essen
Tel.: +49-(0)201-408 77 45, Fax: +49-(0)201-408 77 48
E-Mail: info@bezev.de
Internet: www.bezev.de

Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.
(Internationale Hilfen)
Raiffeisenstr. 18, D-35043 Marburg,
Tel.: +49-(0)6421-49 11 36 (H. Kolmar)
E-Mail: harald.kolmar@lebenshilfe.de
www.lebenshilfe.de

Die Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt wird unterstützt durch:



Bundesvereinigung Lebenshilfe für
Menschen mit geistiger Behinderung e.V.



Misereor



Kindernothilfe



Behinderung und
Entwicklungszusammenarbeit e.V.